

13/1996

Mut zur Veränderung sichert Zukunft

**FÜR MEHR
WACHSTUM UND
BESCHÄFTIGUNG** **CDU**

● **Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen weitere Arbeitsplatzverluste. Regierungserklärung. Seite 2-11

● **Bundesfinanzminister Theo Waigel:**

Wir schaffen die politischen Rahmenbedingungen für einen neuen Aufschwung. Aus der Bundestagsdebatte. Seite 12-15

● **Wolfgang Schäuble:**

Unser Programm ist ausgewogen und mutet niemandem Unzumutbares zu. Aus der Bundestagsdebatte. Seite 19-29

● **Nichts dazugelernt.**

Zum Beschluß des SPD-Präsidiums „Zukunft sichern – Zusammenhalt stärken. Seite 16-17

● **Bundesumweltministerin Angela Merkel:**

Reaktorsicherheit weltweit auf hohem Niveau sichern. 10 Jahre nach Tschernobyl. Seite 32-33

DOKUMENTATION

**Programm
für mehr
Wachstum und
Beschäftigung.
Beschluß
der CDU/CSU-
und FDP-
Bundestags-
fraktionen
vom 25. April 1996.
Text mit
Erläuterungen**

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen weitere Arbeitsplatzverluste

Ich habe heute die Aufgabe, eine Erklärung der Bundesregierung zu dem Thema „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ abzugeben. Ich denke, ungeachtet der Gegensätze in der Auseinandersetzung zu diesem Thema ist es sicher wichtig, daß wir uns in dieser Debatte gemeinsam vor Augen halten, in welchen Notwendigkeiten unser Land in diesem Augenblick steht und wie wichtig auch eine nüchterne Analyse der Gegebenheit ist.

Das Konjunkturtempo hat sich in Deutschland spürbar verlangsamt. Das von vielen nationalen und internationalen Experten ursprünglich erwartete reale Wachstum von eineinhalb Prozent für dieses Jahr werden wir nicht erreichen. Dies werden die Wirtschaftsforschungsinstitute in den nächsten Tagen in ihrem Frühjahrsgutachten sicherlich so bestätigen.

Nach dem Stand unserer Diskussion erwarten wir in der Bundesregierung jetzt für 1996 ein reales Wachstum in der Gegend von dreiviertel Prozent.

Wir rechnen in der Bundesregierung nicht mit einer Rezession in Deutschland. Die allermeisten nationalen und internationalen Experten erwarten ein Wiederanziehen der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte. Wir sind ganz sicher, daß sich dies auch in den Zahlen für 1997 positiv niederschlagen wird.

Für mich ist auch klar, daß trotz aller Schwierigkeiten die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Konjunktur günstig sind:

In Deutschland herrscht bei einer Inflationsrate von eineinhalb Prozent faktisch Preisstabilität. Die Bundesbank hat die Leitzinsen auf das niedrigste Niveau seit

Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 26. April im Deutschen Bundestag

Kriegsende gesenkt. Die für die Investitionen entscheidenden langfristigen Zinsen haben auch im internationalen Vergleich ein sehr niedriges Niveau erreicht. Bei einem Vergleich der Wirtschaftsgipfelländer hat Deutschland heute die niedrigsten Zinsen nach Japan. Sie liegen spürbar unter den amerikanischen Zinsen. In der Tarifrunde 1996 zeichnen sich beschäftigungsfreundlichere Vereinbarungen ab, und der Welthandel zeigt einen soliden Aufwärtstrend.

Unabhängig vom kurzfristigen Auf und Ab der Konjunktur stehen Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik vor der Aufgabe, sich auf die dramatischen Veränderungen im internationalen Wettbewerb einzustellen und – das ist die eigentliche Aufgabe – den Standort Deutschland für das 21. Jahrhundert vorzubereiten.

Die jetzt zu beobachtende Konjunkturschwäche und der rasante Strukturwandel haben tiefe Spuren in unserer Gesellschaft und vor allem auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen.

Die Arbeitslosigkeit hat mit über 4 Millionen ein Ausmaß erreicht, das wir auf gar keinen Fall akzeptieren werden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Innenpolitik.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß ein konjunktureller Aufschwung keineswegs automatisch auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt; das ist eine Erfahrung der letzten Jahre. Wir alle wissen ebenso, daß nach jeder Konjunkturschwäche ein höherer Sockel – das ist das eigentlich Besorgniserregende – an Arbeitslosigkeit zurückgeblieben ist.

Die Menschen in Deutschland haben längst begriffen, daß wir echte, durchgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen, um mehr Wachstumsmotiv und Beschäftigungsmöglichkeiten zu beseitigen. Die Bürger wissen auch, daß dies nicht ohne nachhaltige Sparmaßnahmen geht. Durch bloßes Festhalten an Besitzständen werden wir keine grundlegende Wende am Arbeitsmarkt schaffen.

Dabei ist Sparen natürlich kein Selbstzweck; wir müssen sparen, um die Zukunft zu sichern.

Wir haben uns im „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ das Ziel gesetzt, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 auf die Hälfte zu reduzieren. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist ein erreichbares Ziel, wie wir in der Vergangenheit bewiesen haben.

Erreichbar ist dieses Ziel, wenn alle Verantwortlichen auf den verschiedensten Ebenen – ob das Politik, Unternehmen oder Tarifparteien sind – dabei ihre Aufga-

ben wahrnehmen. Die Menschen im Land erwarten zu Recht, daß alle Verantwortlichen in der Gesellschaft die Herausforderungen annehmen und bereit sind, die notwendigen Anpassungen auf den Weg zu bringen.

Die dramatischen Veränderungen in der Weltwirtschaft betreffen alle Länder. Wer die Diskussionen in den USA, in Japan oder bei unseren europäischen Nachbarn verfolgt, weiß, daß in allen Industrieländern in ähnliche Richtungen gedacht und gehandelt wird. Auch in all diesen Ländern stellen sich die Fragen, welche Auswirkungen die Globalisierung der Märkte auf Wachstum und Beschäftigung im jeweiligen Land hat, wie die Zukunft unter den veränderten Wettbewerbsbedingungen gesichert werden kann, wie die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund starker Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung und ohne Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft weiterentwickelt werden können, welche Veränderungen in Organisation und Arbeitsabläufen durch die neuen Technologien, etwa im Telekommunikationsbereich, notwendig sind und wie Bildung und Ausbildung verbessert werden müssen, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

Viele Länder, man kann sagen, alle Länder in unserer Nachbarschaft stehen vor diesen Notwendigkeiten genauso wie wir in Deutschland. Manche von ihnen haben bereits strukturelle Veränderungen vorgenommen, die sie selbst bis vor kurzem für nicht durchsetzbar gehalten haben.

Ich will auf das Beispiel Schweden verweisen. Dort wurden die Volksrenten gekürzt, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wurde für die ersten Tage drastisch gesenkt, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wurden zurückgeführt.

In unserem Nachbarland, in den Niederlanden, wurden enorme Veränderungen

der Strukturen vorgenommen. In Frankreich ist eine ähnliche Diskussion im Gange. Ich könnte die Liste noch weiter fortsetzen.

In einer Weltwirtschaft, in der nationale Grenzen ökonomisch immer weniger eine Rolle spielen, gelten eben andere Regeln, als wir dies durch eine lange Zeit auch bei uns in Deutschland gewöhnt waren. Heute müssen wir uns mehr denn je – vor allem als eine der großen Exportnationen der Erde – auf den internationalen Wettbewerb einstellen. Das muß Konsequenzen haben für die Steuern, für die Abgaben, für Lohn- und Lohnzusatzkosten sowie auch für viele Regulierungen.

Ich halte diese notwendigen Korrekturen für zwingend, um Zukunft zu sichern. Dies erfordert, daß wir uns umstellen, daß wir auch in diesem oder jenem Fall Ansprüche zurückstellen. Ich weiß sehr wohl, daß das mit Härten verbunden ist. Aber die unabweisbaren Korrekturen, sind der einzige Weg, unsere Wirtschaft zu stärken, mehr Arbeitsplätze zu ermöglichen und eine sichere Zukunftsgrundlage für unsere sozialen Sicherungssysteme zu schaffen.

Zu diesem Bild gehört auch, daß wir in einem Land leben, das ein Drittel seines Sozialprodukts für soziale Leistungen ausgibt, in dem die Arbeitnehmer kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub haben als in fast allen Ländern, in dem die Renten so hoch sind wie in kaum einem anderen Land, in dem die Höhe der Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe in den allermeisten Fällen Not verhindert.

Wir müssen das Verhältnis sozialer Leistungen zur wirtschaftlichen Leistungskraft unter veränderten wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen neu ausbalancieren und dauerhaft sichern. Dies erfordert, die sozialen Leistungen an die wirtschaftliche Leistungskraft anzupassen und die Hilfen – das ist

besonders wichtig – auf die wirklich Bedürfnisse zu konzentrieren.

Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen weitere Arbeitsplatzverluste, und der beschäftigungsfeindliche Weg zu immer höheren Steuern und Abgaben würde sich fortsetzen. Dies ist für die Koalition auf gar keinen Fall der Weg der Politik.

Es kann nicht unsere Politik sein, die Tarifparteien zur Lohnzurückhaltung aufzufordern und dann die möglichen positiven Arbeitplatzeffekte mit steigenden Abgaben wieder zunichte zu machen. Mehr staatliche Schulden oder höhere Steuern würden im übrigen – das ist eine Erfahrung, die jeder kennt – gerade auch jene belasten, auf deren Leistungsbereitschaft unser Land besonders angewiesen ist: die Facharbeiter, den selbständigen Mittelstand, all jene Bereiche, die in ihrer Kreativität und mit ihrer täglichen Arbeit die sozialen Leistungen überhaupt erst ermöglichen.

Um mehr Arbeitsplätze aufzubauen, müssen wir den Standort attraktiv machen, die Belastungen der Wirtschaft abbauen, Steuern, Abgaben und Lohnkosten senken, überflüssige Regulierungen beseitigen, rascher die notwendigen Innovationen auf den Weg bringen und vor allem die Arbeitswelt flexibler machen.

Die Bundesregierung hat mit dem 50-Punkte-Aktionsprogramm Ende Januar gehandelt.

Dieses Programm ist ein Gesamtkonzept, das auf strukturelle Veränderungen zielt und jetzt Punkt für Punkt umgesetzt wird. Einige der wichtigen Maßnahmen, zum Beispiel zusätzliche Liquiditätshilfen für junge Unternehmen in der Wachstumsphase, sind bereits in Kraft getreten.

Vor allem – es ist wichtig, das zugrunde zu legen – zeichnet sich für alle öffentlichen Haushalte im Jahre 1997 ein zusätzlicher Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von rund 50 Milliarden

DM ab. Auf den Bundeshaushalt 1997 entfallen davon voraussichtlich rund 25 Milliarden DM. Wie wir wissen, sind die Länder und die Gemeinden in gleicher Weise von konjunkturbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen betroffen. Deswegen ist es bei allen Gegensätzen im politischen Raum absolut notwendig, daß wir versuchen, eine gemeinsame Konsolidierungsstrategie für Bund, Länder, Gemeinden sowie für die Sozialversicherungssysteme zu gewinnen.

Deshalb haben die Koalitionsfraktionen gestern das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist ein Gesamtkonzept, das Investitionen erleichtern, Wachstum stärken und die Beschäftigung erhöhen soll.

Nur durch Haushaltskonsolidierung, das heißt eine sparsame Haushaltspolitik und Einsparungen auch bei den Sozialversicherungen, schaffen wir die Voraussetzungen, um zu hohen Steuern und Abgaben in Deutschland zu senken und Arbeitsplätze in Deutschland wieder attraktiver zu machen.

Nur wenn wir diesen Weg entschlossen gehen, stärken wir auch die wirtschaftliche Basis für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Es führt doch kein Weg an der einfachen Erkenntnis vorbei, daß nur verteilt werden kann, was zuvor erarbeitet wurde.

Ich bin ganz sicher, daß wir mit diesen Anstrengungen auch das Ziel erreichen, die Staatsquote bis zum Ende dieses Jahrzehnts, also in vier Jahren, wieder auf 46 Prozent zu senken. Dies erfordert eine strikte Ausgabendisziplin bei Bund, Ländern und Gemeinden und auch im Bereich der Sozialversicherung.

Ich weiß, daß solche Ziele wie immer sofort angezweifelt werden. Es wird dann gesagt, dies sei nie zu erreichen. Ein einfa-

cher Rückblick auf die letzten Jahrzehnte zeigt, daß diese Skepsis nicht angebracht ist. Wir haben zwischen Ende 1982 und 1989 den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt, die Staatsquote, schon einmal von über 50 Prozent auf 46 Prozent gesenkt.

Wir haben – dies will ich besonders in diesen Tagen in Erinnerung rufen, wo aus naheliegenden Gründen von bestimmten Kreisen historische Erfahrungen der jüngsten Zeit gerne vergessen oder vernebelt werden – gleichzeitig in mehreren Schritten in diesen Jahren eine Steuerreform vorgenommen und die Steuerzahler um rund 60 Milliarden DM entlastet.

In diesem Zeitraum – man kann es nicht deutlich genug sagen – sind mit dieser Politik damals in der alten Bundesrepublik über 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Ich habe gar keinen Zweifel, daß wir das gleiche auch jetzt erreichen werden.

Wir hatten 1990 das Glück der deutschen Einheit. Der wirtschaftliche Umbau und die soziale Flankierung des dramatischen Strukturwandels in den neuen Ländern wurden mit hohen Transferzahlungen von West nach Ost unterstützt.

Wir, und zwar die Bürger und die Steuerzahler der alten Bundesrepublik – das will ich dankbar erwähnen –, haben diese hohen Transferzahlungen unterstützt. Die gesamten öffentlichen Leistungen für die neuen Länder betragen im Zeitraum von 1991 bis 1995 netto 615 Milliarden DM. Ohne – das ist wichtig festzustellen; ich tue dies mit Stolz – die vorausgegangenen Konsolidierungsarbeiten der 80er Jahre dieser Koalition wären diese Transfers überhaupt nicht möglich gewesen.

Auch das sage ich hier gerne noch einmal klar und deutlich, weil es angesichts so mancherlei Verhetzungspotentiale wichtig ist, diese Erinnerung nicht untergehen zu lassen.

Die Wahrheit ist doch: Ohne die notwendigen und von uns voll getragenen Entscheidungen, auch Opfer, für die deutsche Einheit würde die Staatsquote heute bei 45 Prozent liegen, und die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben betrüge nicht 43 Prozent, sondern 41 Prozent. Das heißt, sie wäre deutlich niedriger. Wir beklagen dies nicht; denn wir sind glücklich, daß die deutsche Einheit möglich war.

Es ist wichtig, daß wir alle in Deutschland erkennen, daß jede Mark, in den neuen Ländern vernünftig investiert, eine Abschlagszahlung auf eine gemeinsame glückliche Zukunft der Deutschen ist.

Unsere Arbeitsplätze stehen im internationalen Standortwettbewerb. Wenn Produktion in Deutschland zu teuer wird, wandert sie zu Lasten der Arbeitsplätze ins Ausland ab oder – auch das erleben wir – Produktionen unterbleiben ganz. Die Bedeutung von grenzüberschreitenden Direktinvestitionen wächst in einem ungewöhnlichen Tempo. Wir wissen auch – es hat keinen Sinn, darüber zu klagen; das ist eine Realität —: Für die international operierenden Unternehmen ist die Präsenz auf den Wachstumsmärkten wichtig. Nur wer in den großen Handelszusammenschlüssen wie Europäische Union, NAFTA, Mercosur und im asiatischen Raum präsent ist, nimmt an der Wachstumsdynamik dieser Regionen teil. Das ist auch ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in Deutschland.

In diesem Sinne – nur in diesem Sinne – sind die wachsenden Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen zu begrüßen. Aber wir müssen uns über das vergleichsweise geringe Engagement ausländischer Unternehmen in Deutschland Sorgen machen. Hier besteht Handlungsbedarf. Das Investieren und Schaffen von Arbeitsplätzen in Deutschland muß deshalb attraktiver gemacht werden.

Es wird in Deutschland sehr viel mehr Arbeitsplätze geben, wenn die Arbeitskosten niedriger sind. Es ist kein Zufall, daß im Dienstleistungsbereich hierzulande viel weniger Arbeitsplätze angeboten werden als in anderen Ländern. Wir alle – das gilt für die politisch Verantwortlichen, für die Tarifparteien und Unternehmen – haben – das sollte man offen zugeben – in der Vergangenheit zu einem starken Anstieg der Arbeitskosten beigetragen. Dies gilt für die Tarifföhne, aber das gilt noch mehr für die stark angestiegenen Lohnzusatzkosten.

Die Bundesregierung ist sich deshalb mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften einig, daß der Anstieg der Lohnzusatzkosten gebremst werden muß. Dabei sind Tarifparteien und Betriebspartner ebenso in der Verantwortung wie die Politik.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, die Beiträge zur Sozialversicherung bis zum Jahr 2000 auf unter 40 Prozent zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme auf die Herausforderungen der Zukunft einrichten. Es geht dabei überhaupt nicht um den Abbau des Sozialstaats, sondern es ist die Pflicht verantwortungsvoller Politik, immer wieder kritisch zu fragen: Gibt es Regelungen, die zum Mißbrauch einladen und deshalb geändert oder abgeschafft werden müssen? Wenn ich, um das klarzustellen, von Mißbrauch rede, meine ich nicht nur Mißbrauch im Bereich der Sozialsysteme, sondern in gleicher Weise das Erschleichen von Subventionen und Steuerbetrug.

Wir müssen uns weiter kritisch fragen: Wie können wir soziale Leistungen so gestalten, daß sie zur Arbeit ermutigen und nicht den Willen, zu arbeiten und sich zu engagieren, aushöhlen?

Ich halte es jedenfalls für richtig und auch für unsere Gesellschaft unverzichtbar, daß der Satz gelten muß:

Wer arbeitet, muß mehr bekommen als jemand, der nicht arbeitet.

Wenn dieser Grundsatz gilt, dann muß er Konsequenzen haben. Dann können wir es beispielsweise – da sollten wir uns doch eigentlich einig sein – nicht länger hinnehmen, daß ein Sozialhilfebezieher zumutbare Arbeit – zumutbare! – ablehnt.

Dann müssen wir Anreize schaffen, damit sich Arbeit auch dann für den einzelnen lohnt, wenn dessen Erwerbseinkommen sein Sozialeinkommen nicht wesentlich übersteigt. Hier haben wir wichtige und, wie ich denke, richtige Reformen auf den Weg gebracht. Sie stehen jetzt im Vermittlungsausschuß zur Diskussion; ich hoffe, daß wir dort zu vernünftigen Einigungen kommen.

Notwendige Fragen stellen sich auch für den Bereich des Arbeitsrechts. Es ist unbestreitbar, daß wir trotz erkennbarer Fortschritte mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Mehr Flexibilität ist eine Grundvoraussetzung, um mehr Beschäftigung zu schaffen und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Dabei ist eine entscheidende Voraussetzung, daß wir alles unternehmen, um den Mittelstand zu stärken; denn die kleinen und mittleren Unternehmen sind die wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land. Zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich. Auch das ist, wie ich denke, eine positive Erfahrung dieser Jahre: Zwischen 1990 und 1995 sind im Mittelstand knapp eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen worden. Wahr ist auch, daß gleichzeitig die Großunternehmen in unserem Lande unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs die Zahl ihrer Beschäftigten verringert haben.

Wenn wir also mehr Arbeitsplätze schaffen wollen, dann müssen wir die Startchancen für Existenzgründer und junge Unternehmen in Deutschland verbessern und die bestehenden

Betriebe von Kosten und Regulierungen entlasten.

Gerade im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen gilt es, Arbeits- und Einstellungs hemmnisse abzubauen. Wer häufig mit Handwerkern und mittelständischen Unternehmern spricht, weiß, daß viele von ihnen in der Einstellung neuer Arbeitnehmer ein Risiko sehen. Sie fürchten das Risiko langwieriger Arbeitsgerichtsprozesse und unkalkulierbarer Kosten, die ihnen entstehen können. Deshalb – und das ist der falsche Weg – setzen sie lieber auf Überstunden.

Die Bundesregierung und die Koalition sind nach eingehenden Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, den Schwellenwert des Kündigungsschutzgesetzes, der gegenwärtig für Betriebe mit mehr als fünf Arbeitnehmern gilt, auf zehn Beschäftigte anzuheben.

Wir sind sicher, dies liegt im Interesse der Arbeitsplatzsuchenden, und wir sind sicher, wir werden sehr rasch erleben, daß aus dieser Entscheidung heraus die Zahl der Arbeitnehmer in kleinen Betrieben zunehmen wird.

Wer Arbeitsplätze von Kosten entlasten und neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen will, kommt, ob er es will oder nicht, auch am Thema der Lohnfortzahlung nicht vorbei. Denn die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist ein wesentlicher Bestandteil der stark gestiegenen Lohnzusatzkosten. Wie Betriebspraktiker und Arbeitnehmer sowie Betriebsräte selbst wissen, ist sie zudem anfällig für eine mißbräuchliche Inanspruchnahme.

Unbestritten ist, daß die Verringerung betrieblicher Fehlzeiten – das gehört ebenfalls in diese Betrachtung – auch und nicht zuletzt eine Frage von Personal- und Betriebsführung sowie Betriebsklima ist. In vielen Betrieben in unserem Land gibt es sehr praktische Lösungen, die zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Krankmeldungen geführt haben.

Auf der anderen Seite kann aber niemand übersehen, daß die Entgeltfortzahlung jährlich Kosten in Höhe von 60 Milliarden DM für unsere Wirtschaft verursacht. Dies erhöht die Lohnkosten und belastet Arbeitsplätze.

Deshalb kann die Politik im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und der Schaffung neuer Arbeitsplätze diese Frage nicht einfach ignorieren, nachdem – ich füge dies ausdrücklich hier hinzu – die Tarifparteien leider bisher keine Lösung gefunden haben.

Ich bedauere dies, und ich wünsche mir, daß die Tarifparteien, die ja hier auch in Zukunft eine entscheidende Verantwortung haben, die notwendigen Signale setzen. Ich weiß um den Widerstand, vor allem auch der Gewerkschaften, in dieser Frage, und ich kenne auch die Entstehungsgeschichte der Lohnfortzahlung. Ich weiß, was diese Entscheidung bedeutet.

Ich will deshalb auf zwei Gesichtspunkte besonders hinweisen:

Erstens wird nicht in bestehende Tarifverträge eingegriffen. Für über 80 Prozent der Arbeitnehmer ist die Lohnfortzahlung tarifvertraglich geregelt, und wir achten und respektieren die Tarifautonomie. Ich sage noch einmal: Wir setzen allerdings darauf, daß die Tarifparteien in eigener Verantwortung tragfähige Lösungen finden und umsetzen.

Zweitens. Es ist das Recht und, wenn es notwendig ist, auch die Pflicht der Politik, auch gegen Widerstände die Interessen Arbeitssuchender durchzusetzen.

Für mich sind und bleiben Tarifautonomie und starke Tarifpartner zentrale Pfeiler einer zukünftig positiven Entwicklung. Sie sind ein ganz entscheidender Anker für die Stabilität unseres Landes. Dies haben ja auch Wirtschaft, Gewerkschaften und die Bundesregierung im „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“

am 23. Januar noch einmal gemeinsam bekräftigt.

Wir haben in neun Gesprächen mit den Spitzenrepräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaften bereits viel auf den Weg gebracht, wie ich dankbar vermerken will, zum Beispiel das Programm für Langzeitarbeitslose, die Lehrstellenzusage der Wirtschaft, die Offensive für mehr Selbständigkeit und die Lösung der sehr schwierigen Frage der Frühverrentung. Natürlich – das war doch gar nicht anders zu erwarten – gab es und gibt es Felder, auf denen wir nicht einig sein können, wie etwa in der Frage der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, wo wir unterschiedlicher Meinung waren und sind.

Es ist notwendig, daß wir versuchen, einen Konsens zu erreichen; aber dieses Streben nach Konsens kann die politisch Verantwortlichen – das gilt vor allem auch für die Bundesregierung und für mich selbst – nicht davon entbinden, die notwendigen Entscheidungen, wenn ein Konsens nicht möglich ist, herbeizuführen.

Die Bundesregierung und vor allem ich selbst werden alles tun, um bei künftigen Gesprächen im Rahmen dieser Runde zu weiteren positiven Ergebnissen zu kommen.

Ich will in diesem Zusammenhang eine kurze Bemerkung zu einem Thema machen, das jetzt ebenfalls diskutiert wird, nämlich zur Frage der Gestaltung der Arbeitswelt und der Arbeitsbedingungen und inwieweit das Instrument des Flächentarifvertrages hierfür ein geeignetes Instrument ist. Ich sage klar: Ich setze darauf, daß der Flächentarifvertrag weiterentwickelt werden kann.

Dies ist auch die Meinung führender Gewerkschaftler und auch führender Unternehmer in der Bundesrepublik – und daß aus dieser Weiterentwicklung gute Beiträge zur Beschäftigungssicherung, zum Beschäftigungsaufbau und damit zum sozialen Frieden geleistet werden können.

Wenn im Eifer des Gefechts der eine oder andere jetzt sagt, dies sei alles hinfällig, dann leugnet er die wichtige Erfahrung aus der Geschichte der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren. Zu den Vorteilen des Standorts Deutschland gehörte bei allen streitigen Auseinandersetzungen, daß es zu allen Zeiten – manchmal kurzzeitig unterbrochen – eine Gesprächsmöglichkeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern gab. Ich kann nur davor warnen, diese Erfahrung in den Wind zu schlagen. Das ist in diesem Zusammenhang eine entscheidende Frage.

Wenn es um die Zukunft geht, zeigt es sich in einer besonders eindeutigen Weise, inwieweit wir fähig sind, Zukunftssicherung im Bereich der langfristigen Sicherung des Generationenvertrages zu ermöglichen. Das von Koalition und Bundesregierung gestern vorgestellte Programm enthält auch Maßnahmen zur Stabilisierung des Beitragssatzes und zu strukturellen Reformen. Dabei möchte ich an erster Stelle hervorheben, daß unsere Rentenpolitik verlässlich bleibt. Die Renten werden zum 1. Juli 1996 erhöht, und sie werden auch im kommenden Jahr – entgegen anderslautenden Behauptungen – der Netto- lohnentwicklung folgen. Kein Rentner muß um seine Rente fürchten.

Aber wir müssen offen darüber sprechen, daß wir der jetzigen jüngeren Generation eine verlässliche Perspektive für ihre Alterssicherung geben müssen. Wir stehen doch – und jeder spürt dies – unbestreitbar vor einer dramatischen Veränderung unserer Gesellschaft, nicht zuletzt im Altersaufbau.

Als die Rentenversicherung vor über 100 Jahren eingeführt wurde, wurde das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre festgelegt. Damals betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 45 Jahre. Bis heute ist die durchschnittliche Lebenserwartung auf über 75 Jahre angestiegen. Deshalb ist es

richtig, das Renteneintrittsalter, wie im Reformpaket zur Stabilisierung der Rentenversicherung vorgeschlagen, schrittweise zu erhöhen. Das ist angesichts der gestiegenen und weiter steigenden Lebenserwartung zur Sicherung der Renten auch zumutbar, zumal wir wissen, daß Deutschland zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate gehört.

Gleichzeitig erhöht sich erfreulicherweise die Lebenserwartung. Gegenwärtig sind rund 15 Prozent unserer Bevölkerung über 65 Jahre alt. Wer heute 30 Jahre alt ist wird nach menschlichem Ermessen das Jahr 2030 erleben und dann zu den über 65jährigen gehören. Der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung wird zu diesem Zeitpunkt auf über 27 Prozent anwachsen und sich damit fast verdoppeln. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern wird sich also drastisch verändern. Das ist überhaupt nicht zu leugnen; das ist die Realität.

Es ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung, schon heute über notwendige Konsequenzen dieser Entwicklung zu diskutieren und zu handeln.

Mit dem 1989 verabschiedeten Rentenreformgesetz haben wir bereits wichtige Anpassungen vorgenommen. Jetzt müssen wir die Rentenversicherung mit weitreichender Zukunftsperspektive fortentwickeln.

Die Bundesregierung wird hierzu eine Kommission unter Vorsitz des Bundesarbeitsministers einsetzen. Wir erwarten, daß diese Kommission ihre Arbeit auf eine breite Grundlage stellt und sich den Sachverstand aller Seiten unserer Gesellschaft sichert. Sie sind besonders herzlich eingeladen, und ich denke, wir werden dabei hören, welche Vorschläge Sie vorbringen. Ich wünsche mir jedenfalls, daß diese notwendigen Reformen in einem parteiübergreifenden Kompromiß gelingen, so wie dies auch in der Vergangenheit möglich war.

Die Zeit drängt, und deswegen haben wir beschlossen, daß diese Kommission ihre Ergebnisse bis zum Ende dieses Jahres, 1996, vorlegt. Wir können das dann gemeinsam gestalten, indem wir diese Themen mit allen Interessierten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausführlich diskutieren. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, mit Beginn des kommenden Jahres, 1997, die sich hieraus ergebenden Gesetzgebungsverfahren einzuleiten und sie bis Ende 1997 abzuschließen.

Das ist ein ehrgeiziger Zeitplan. Aber ich halte ihn für zwingend, weil es wünschenswert ist, die Fragen der Alterssicherung und der Renten wie in den vergangenen Jahrzehnten aus dem Wahlkampfgeschehen eines kommenden Bundestagswahlkampfes möglichst herauszuhalten.

Die notwendigen Korrekturen zur Zukunftssicherung müssen auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen werden. Dabei gilt für mich der Grundsatz: Wer krank oder pflegebedürftig ist, hat Anspruch auf eine hochwertige medizinische Versorgung und selbstverständlich auf eine menschenwürdige Pflege. Daher kommt die zweite Stufe der Pflegeversicherung, mit der die stationäre Pflege eingeführt wird, wie geplant am 1. Juli 1996.

Mit dieser Entscheidung entlasten wir zugleich die kommunale Seite um rund 9,5 Milliarden DM. Ich erwarte jedoch auch – das möchte ich hier gerne sagen –, daß die Länder und die Kommunen ihre Zusagen einhalten, einen Teil ihrer Einsparungen für die notwendigen Investitionen für Pflegeheime einzusetzen.

Es ist völlig unbestreitbar, daß wir den Kostenanstieg in der Krankenversicherung stoppen müssen. Je mehr es uns gelingt, Wettbewerb und Eigenverantwortung

durchzusetzen, desto weniger muß es zu Leistungseinschränkungen kommen.

Unser Steuersystem muß wachstums- und beschäftigungsfreundlicher werden. Wenigstens in diesem Punkt sind wir uns einig. Deshalb streben wir bald eine umfassende Reform des Steuertarifs an. Die Steuersätze sollen deutlich gesenkt und das Steuerrecht vereinfacht werden. Um dies zu erreichen, muß es weniger Ausnahmen und Begünstigungen geben.

Wir müssen erreichen, daß es zu einer echten und spürbaren Entlastung für die Mehrzahl der Bürger kommt. Auch für diesen Arbeitsbereich wird die Bundesregierung in diesen Tagen die Einsetzung einer Kommission unter dem Vorsitz des Bundesfinanzministers beschließen. Diese Kommission soll ebenfalls bis zum Ende dieses Jahres, 1996, ihre Vorschläge erarbeiten. Auch hier ist es unser Wunsch, daß es eine möglichst breite Beteiligung an der Diskussion gibt.

Wir wollen die Gesetzgebung in diesem Bereich ebenfalls bis Ende 1997 abschließen. Es ist sehr wichtig, daß die Bürger und vor allem auch die Unternehmen selbst frühzeitig Gewißheit über die künftigen Steuertarife haben und für ihre mittel- und langfristigen Dispositionen eine verlässliche Grundlage bekommen.

Wir wollen, daß der neue Tarif zum 1. Januar 1999 in Kraft treten kann. Ich will noch einmal nur erwähnen – dann brauchen wir die Debatte darüber hier nicht erneut zu führen –, daß für uns in der Koalition eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in dieser Legislaturperiode nicht in Frage kommt.

Unabhängig von dem eben Gesagten werden wir die im Aktionsprogramm angekündigten steuerpolitischen Verbesserungen fortsetzen. Das Programm zielt darauf, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Dazu gehören die aufkommensneu-

trale Reform der Unternehmensteuern mit der Abschaffung der Gewerbesteuer und der mittelstandsfreundlichen Absenkung der Gewerbeertragsteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, der Wegfall der Vermögensteuer, wobei die private Vermögensteuer mit der Erbschaftsteuer zusammengefaßt wird, und die bessere steuerliche Behandlung von Beschäftigungsverhältnissen in privaten Haushalten.

Einen wirksamen Beitrag erwarte ich auch in diesem Zusammenhang von den Tarifparteien. Im Rahmen der Tarifautonomie – das ist gut so und soll nicht geändert werden – bestimmen Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam über die Lohnhöhe und über wesentliche Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel über die Arbeitszeit. Die bisher getroffenen Tarifvereinbarungen in der Lohnrunde 1996 zeigen, daß die Tarifparteien gewillt sind, dem Beschäftigungsziel einen höheren Stellenwert als Einkommenssteigerungen zu geben. Ich begrüße dies ausdrücklich. In den verschiedenen Lagern der Tarifpartner sollten meines Erachtens auch diese Erfolge einzelner Gewerkschaften noch sehr viel positiver gewürdigt werden.

Soweit der Bund als Tarifpartei im öffentlichen Dienst mit in der Verantwortung steht, werden wir ein deutliches Zeichen setzen müssen. Gerade in einer Zeit, in der viele Unternehmen ihr Personal verringern, ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst ein besonders wertvolles Gut. Das will ich bei dieser Gelegenheit einmal mehr unterstreichen. Wer einen sicheren Arbeitsplatz hat – so denke ich –, dem kann mehr zugemutet werden als einem, der sich andauernd Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen muß.

Ich habe Ihnen die Grundzüge unseres Programms vorgestellt. Es soll und wird dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft zu gewinnen. Es ist ein Programm für mehr Investitionen und Beschäf-

tigung. Es ist natürlich auch ein Programm zur Sicherung unseres Sozialstaats. Es schafft den Spielraum, den wir brauchen, um die sich bietenden Chancen in der veränderten Weltwirtschaft wahrnehmen zu können. Nur ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland ist in der Lage, den hier lebenden Menschen und Bürgern Arbeitsplätze und Einkommenschancen zu bieten, soziale Leistungen zu finanzieren, die ein Leben ohne materielle Not ermöglichen, und teilzuhaben am Aufschwung anderer Regionen unserer Erde.

Wir haben als Deutsche auch in dieser Situation – bei allen Schwierigkeiten – nicht den geringsten Grund, pessimistisch in die Zukunft zu sehen.

Es gab noch nie eine Generation in der neueren Geschichte eines Volkes, die so viele Chancen hatte, ihre Zukunft zu gestalten, und für die so viele Wege in die Welt offenstanden. Auf unsere Stärken können wir uns auch in Zukunft verlassen. Dazu zähle ich die hervorragende Berufsausbildung in Deutschland, deren Bedeutung in Zukunft noch steigen wird, die modern gestaltete Infrastruktur, das soziale Klima, die ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die in den letzten Jahrzehnten ganz wesentlich zu Innovation und Erneuerung beigetragen haben.

Es geht darum, Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft zu sichern. Auch das ist eine Erfahrung, die gilt: Wohlstand läßt sich nicht auf Pump finanzieren. Gefragt sind jetzt Mut und Weitsicht, das richtige Einstellen der Weichen für die Zukunft. Deswegen treffen wir jetzt die notwendigen Entscheidungen und setzen sie Schritt für Schritt in schnellem Tempo um, und dazu darf ich Sie alle einladen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wir schaffen die politischen Rahmenbedingungen für einen neuen Aufschwung

Mit diesem Konsolidierungs- und Strukturreformpaket stellen die Koalition und die Bundesregierung die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir greifen die strukturellen Schwächen des Standorts Deutschland auf. Sie stehen im Mittelpunkt. Wir müssen gemeinsam mit den Tarifpartnern alles tun, um sie zu beseitigen.

Die Staatsquote ist zu hoch. Dies ist nicht durch eine ausufernde Staatspolitik entstanden, sondern indem wir eine ganze Volkswirtschaft übernommen haben. Bis zum Jahr 2000 müssen wir die Staatsquote wieder auf den Stand vor der Wiedervereinigung, auf etwa 46 Prozent, senken. Wir müssen im Rahmen einer symmetrischen Finanzpolitik den einen Teil für die Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast und den anderen Teil für die Reduzierung der Defizite verwenden.

Angesichts einer 25jährigen Erfahrung in Deutschland und in anderen Ländern wissen wir, daß auf Grund globaler Märkte Fehler in der Struktur sofort bestraft werden: Absatzverlust, steigende Preise, steigende Zinsen, weichere Währung, weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit.

Die Erfahrung in Deutschland und in allen G-7-Ländern sowie der Europäischen Union zeigt, daß eine solche Konsolidierung nicht nur mittel- und langfristig, sondern auch kurzfristig auf die Konjunktur und auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze wirkt. Es

ist völlig übereinstimmend mit der zwischenzeitlichen Meinung im internationalen Währungsfonds und in der Gruppe der G 7.

Die SPD muß sich entscheiden, was sie will: höhere Schulden, wie es der Vorsitzende des Haushaltsausschusses angedeutet hat, oder ob man von zu hoher Staatsverschuldung spricht wie Frau Matthäus-Maier oder ob man wie Herr Scharping die Vermögensabgabe fordert. Ich nehme an, Sie werden dazu nachher sicher noch einiges sagen.

Aus der Rede des Bundesfinanzministers in der Bundestagsdebatte zum Sparpaket der Bundesregierung am 26. April

Nur, Herr Scharping, meine Frage an Sie ist: Wollen Sie wirklich eine Verteuerung des Kapitals und damit eine Zinserhöhung, was folglich negative Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hätte? Haben Sie eigentlich bedacht, daß das Bundesverfassungsgericht eben festgestellt hat, daß hohe Kapitalvermögen wegen der hohen Ertragsteuerbelastung nicht zusätzlich mit einer Substanzabgabe belastet werden dürfen?

Zwischenzeitlich weiß doch jeder, mit einer steuerfinanzierten Nachfrageerhöhung sind die Probleme nicht

mehr zu lösen. Das haben die 70er Jahre gezeigt. Nur Konsolidierung schafft Wachstum. Der positive Zusammenhang zwischen Konsolidierung und Wachstum gilt auch kurzfristig.

Lassen Sie mich einmal das Beispiel einiger anderer Länder darstellen. In Österreich soll das Budgetdefizit des Bundes in den Jahren 1996 und 1997 von jetzt 5 auf 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verringert werden. Das bedeutet Einsparungen pro Jahr in Höhe von 1,4 Prozent des BIP. Im öffentlichen Dienst gilt eine zweijährige Nullrunde mit Reallohnverzicht. Daneben gibt es Einschnitte bei den Frühpensionen, den Renten und bei der Arbeitslosenversicherung

In Schweden soll der Haushalt bis 1998 ausgeglichen werden, ausgehend von einem Defizit in Höhe von 10,5 Prozent des BIP. Das bedeutet Einsparungen von jährlich etwa 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Schwerpunkte der Ausgabenkürzungen liegen im Personalbereich und bei den Sozialausgaben.

Auch in Finnland wird bis Ende 1997 ein ausgeglichener Gesamthaushalt angestrebt. Im Zentralbudget 1996 beträgt das Einsparvolumen 1,9 Prozent des BIP. Einsparbereiche sind die Renten und die Arbeitslosenunterstützung.

Sehr nah bei uns liegen die Niederlande. Sie haben einen Ministerpräsidenten – er war früher Finanzminister, kommt aus dem sozialistischen Bereich und war Gewerkschaftsvorsitzender. Dort ist für den Zeitraum 1995 bis 1998 ein Einsparvolumen von 2,75 BIP-Punkten zu erzielen. Gespart wird im Gesundheitswesen, bei den Renten, beim Kindergeld, bei sonstigen Sozialleistungen. Die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst der Niederlande lagen 1994 bei nominal null Prozent, 1995 bei 0,5 Prozent, und für 1996 sind zum 1. Oktober 0,75 Prozent vereinbart.

Unsere gestern gefaßten Beschlüsse liegen mit einem Sparvolumen von 50 Milliarden DM für den öffentlichen Gesamthaushalt oder 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Rahmen dessen, was sich auch andere Länder zutrauen.

Für den Haushalt 1996 bleiben wir bei einer Defizitgrößenordnung von rund 60 Milliarden DM. Trotz der Einsparungen ist das Budget auch unter Berücksichtigung der Nettoentlastung des privaten Verbrauchs um 15 bis 20 Milliarden DM durch das Jahressteuergesetz 1996 und den Wegfall des Kohlepfennigs insgesamt konjunkturgerecht. Von einer Überkonsolidierung oder von einem „Kaputtsparen“ kann überhaupt keine Rede sein.

Wer wie Sie von der Opposition die notwendigen Strukturreformen im Sozialbereich als „Sozialabbau“ diffamiert, hat im Gegensatz zu vielen Bürgern den Ernst der Lage nicht verstanden.

Die Bürger wissen sehr wohl: Dies ist notwendig. Sie sind auch bereit, ihren Beitrag zu erbringen, weil sie sich der Verantwortung für ihr eigenes Leben, für das Gemeinwohl und für die nächste Generation durchaus bewußt sind. Wir setzen auf die Vernunft der Menschen.

Mit dem Einstieg in notwendige Strukturreformen, in mehr Flexibilität und Eigenverantwortung brechen wir die Ausgaben- und Abgabendynamik, die bisher eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten verhindert. Mit den Änderungen bei der Lohnfortzahlung, beim Kündigungsschutz und bei den befristeten Arbeitsverhältnissen räumen wir entscheidende Bremsklötze für Neueinstellungen aus dem Weg, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten.

Dieses Konsolidierungspaket entlastet auch Länder und Gemeinden deutlich. Es

trägt wesentlich dazu bei, daß die Länder ihren Konsolidierungsbeitrag von 25 Milliarden DM erbringen können. Damit passen die Maßnahmen genau zu den bereits von vielen Bundesländern eingeleiteten, zum Teil drastischen Sparmaßnahmen, die von Haushaltssperren über Kürzungen im gesamten Budget bis hin zu einem deutlichen Personalabbau reichen.

Neben dem, was in dem Konzept steht, muß natürlich auch gesehen werden, welche Entlastungen die Kommunen und damit indirekt auch die Länder durch die Einführung der Pflegeversicherung haben. Das ist eine der größten Entlastungen gerade im kommunalen Bereich.

Steuerpolitisch geht es jetzt um die Verwirklichung des abgekoppelten Teils des Jahressteuergesetzes 1996, um die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbeertragsteuer bei vollem Ausgleich der Einnahmeausfälle der Gemeinden durch Beteiligung am Aufkommen der Umsatzsteuer. Ich bin sehr froh, daß die Kommunen, vor allen Dingen vertreten durch die kommunalen Spitzenverbände, sehr klar erkannt haben, daß dies ihre große Chance ist, die Finanzausstattung der Kommunen dauerhaft qualitativ und auch quantitativ zu verbessern.

Wir gehen einen wichtigen Schritt im Hinblick auf Mittelstandsverbesserung und Eigenkapitalausstattung durch die Verbesserung des § 7 g des Einkommensteuergesetzes. Wir werden den Solidaritätszuschlag absenken, und zwar zum 1. Januar 1997 auf 6,5 Prozent und zum 1. Januar 1998 auf 5,5 Prozent.

Die Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer wird sozial ausgewogen erfolgen. Dabei werden wir dem Umstand Rechnung tragen, daß die Vermögensteuer auf Privatvermögen entfällt, und zwar genau aus den Gründen, die Wolfgang

Schäuble dargestellt hat. Wir wären doch wirklich von allen guten Geistern verlassen, nur den erhebungsaufwendigsten Teil einer Steuer weiter zu erheben im Wissen darum, daß dafür in den nächsten Jahren entweder eine neue Hauptfeststellung bei der Einheitsbewertung oder eine riesige Bedarfsbewertung stattfinden muß, und im Wissen darum, daß die Stellen bei den Ländern knapp sind und daß wir sehr gut ausgebildete Finanzbeamte sehr wohl für andere Dinge, nicht zuletzt bei der Betriebsprüfung, dringend benötigen könnten.

Dieser private Teil der Vermögensteuer wird mit der Erbschaftsteuer zusammengefaßt. Dies ist durch eine Veränderung der Struktur des Erbschaftsteuertarifs möglich. Sie werden damit keine Möglichkeit haben, sich ein neues Verheutungspotential aufzubauen. Sie werden sich nicht – wie früher beim Jäger 90 – ein Thema suchen können, das Sie uns dann in jeder Debatte vorhalten. Nein, wir sind sicher: Der Wegfall der Gewerbesteuer, der Wegfall der Vermögensteuer, die Verbesserung der Gewerbeertragsteuer, die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer und eine vernünftige Gestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer sind wichtige, positive Signale für Deutschland und seine Zukunftsfähigkeit sowie für die Investitionsbereitschaft gerade der Unternehmen.

Herr Scharping, denken Sie doch noch einmal darüber nach, was uns eigentlich die Verdoppelung des Vermögensteuersatzes für Private, damals im Solidarpakt, gebracht hat: eine Verlagerung von Kapital, eine Umschichtung in den Haushalten und weniger diesbezügliche Möglichkeiten für uns. Wer mit dem Kapital so umgeht, wie Sie es tun, der muß bei einem freien Kapitalverkehr in Europa fürchten, daß das Kapital Deutschland verläßt. Das ist so ziemlich das letzte.

Wir brauchen attraktive Bedingungen, damit Kapital wieder verstärkt

nach Deutschland kommt und deutsches Kapital in Deutschland bleibt. Das ist unsere Politik.

Wir werden auch unseren Kurs fortsetzen, fragwürdig gewordene Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen zurückzuschneiden. Allein in den letzten sechs Jahren haben wir Steuersubventionen in der Größenordnung von über 40 Milliarden DM in Deutschland abgebaut. Wir werden das fortsetzen. Wir denken an die Sonderabschreibungen für Schiffe und Flugzeuge, für die es meines Erachtens keinen Raum mehr gibt. Wir wollen und müssen gemeinsam mit den Ländern – aber da besteht die Mehrheit aus SPD-Finanzministern – noch verstärkt gegen Steuerbetrug und Steuergestaltungsmißbrauch angehen.

Herr Scharping, wir haben doch damals bei der Diskussion um einen Ausgleich für die mit dem Solidarpakt verbundenen Belastungen die Finanzminister gebeten, uns Vorschläge dazu zu machen, was mehr getan werden könnte. Dann sind Herr Schleußer und andere zurückgekommen und haben gesagt, das sei eine Illusion und die Summen, die genannt würden, seien schlichtweg Humbug; sie könnten nicht mehr tun.

Wir wollen eine deutliche Verbreiterung der Bemessensgrundlage, und

wir wollen dies durch eine umfassende Reform der Einkommensteuer verwirklichen. Daran werden wir in den nächsten Wochen und Monaten intensiv arbeiten. Ziel ist, die Steuerreform zum 1. Januar 1999 in Kraft zu setzen.

Bei der Gelegenheit werden wir auch das vom Bundesrat angestoßene Thema „Dienstwagen und Verpflegungspauschätze“ noch einmal diskutieren. Wir sind für Verbesserungsvorschläge durchaus aufgeschlossen.

Der Wohlfahrts- und Steuerstaat – das müssen wir alle konstatieren – hat seine Grenzen erreicht. Wir können die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft – dazu gehört neben einem hohen individuellen und sozialen Lebensstandard auch die persönliche Freiheit und sozialer Gemeinsinn – im 21. Jahrhundert nur bewahren, wenn wir nicht kleinkariert Einzel- und Gruppeninteressen verteidigen. Mit diesem Programm für den Standort Deutschland im 21. Jahrhundert packen wir die Wachstumsprobleme entschlossen an, schaffen die politischen Rahmenbedingungen für einen neuen Aufschwung und vermeiden unzumutbare Härten. Wir stellen uns damit der Gegenwart und der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kurs bestätigt

Generalsekretär Peter Hintze zum Frühjahrsgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute:

Das Frühjahrsgutachten belegt, daß wir alle Chancen haben, die konjunkturelle Schwäche aus eigener Kraft zu überwinden. Entscheidend sind dafür Lohnabschlüsse, die die Auftriebskräfte in der

Wirtschaft fördern, sowie eine konsequente Umsetzung des Regierungsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir fühlen uns durch das Frühjahrsgutachten in unserem Kurs bestätigt. Bestehende Arbeitsplätze können nur gesichert und neue geschaffen werden, wenn wir konsequent die Wachstumskräfte stärken. Die ritualisiert wiederholten Sozialneidparolen der Sozialdemokraten führen ebensowenig weiter wie ihre Verzögerungsstrategien im Bundesrat.

Nichts dazugelernt

Das Gute an Fehlern haben die Wirtschaftspolitiker der SPD leider noch nicht entdeckt: Man kann aus ihnen lernen und muß sie nicht zweimal begehen.

Der letzte SPD-Versuch, durch erhöhte Staatsausgaben die Konjunktur anzukurbeln und so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, endete mit einer noch höheren Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig verursachte er eine Inflationswelle. Trotz dieser als „Stagflation“ bekanntgewordenen schlechten Erfahrung in den siebziger Jahren scheint die SPD nichts dazugelernt zu haben. Den konkreten Maßnahmen der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung setzt sie in ihrem Beschluß „Zukunft sichern – Zusammenhalt stärken“ steuerfinanzierte Ausgabenerhöhungen des Staates entgegen:

- Die SPD schlägt unter anderem eine „befristete Vermögensabgabe“ vor. Das bedeutet nichts anderes als eine Erhöhung der Vermögensteuer. Durch sie soll nach Vorstellung der SPD der Solidaritätszuschlag ersetzt werden.
- Die SPD bekräftigt ihre Vorstellungen einer ökologischen Steuerreform. Damit meint die SPD nichts anderes als eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Sie müßte sogar besonders massiv ausfallen, denn die SPD will mit Hilfe einer solchen Steuererhöhung – und nicht durch Sparen – auch Lohnnebenkosten senken.

Die Forderung nach einer **höheren Vermögensteuer** kann sich nur negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Das Kapital stünde nicht mehr für Investitionen und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung. Außerdem hätte die Er-

höhung eine massive Verlagerung mobilen Kapitals ins Ausland zur Folge.

Oder versteht die SPD unter „Vermögensabgabe“ eine deutliche Erhöhung der Einheitswerte für die Grund-, Erbschaft- und Vermögensteuer? Hierunter würden nicht nur die Empfänger großer Vermögen lei-

**Zum Beschluß des SPD-Präsidiums vom 25. April
„Zukunft sichern –
Zusammenhalt stärken“**

den, sondern gerade auch die Bezieher kleiner und kleinster Einkommen. Denn bei einer Erhöhung der Grundsteuer würden sich die Mehrkosten auch auf die Mieter niederschlagen, geringverdienende Mieter wären am härtesten betroffen.

Abgesehen davon beweist die SPD mit dem Vorschlag, durch eine einprozentige Vermögensabgabe 35 Mrd. DM erlösen zu wollen, eine völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Schon heute beträgt die Vermögensteuer auf alle private Vermögen 1 Prozent. Mit ihr werden aber nur 4 Mrd. DM erlost.

Die von den Grünen entlehnten Vorstellungen einer **Öko- und Energiesteuer** würden nicht nur zu einer massiven Mehrbelastung der Autofahrer führen – insbesondere auch der Arbeitnehmer mit kleinem Einkommen, die für ihre Berufstätigkeit auf ein Auto angewiesen sind. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer hätte auch eine Preiserhöhung beim Heizöl zur Folge, das Grundbedürfnis Heizen würde ver-

teuert. Insgesamt würde für die Privathaushalte mit hohen Öko- und Energiesteuern ein Kosten- und Inflationsschub mit nachteiligen Folgen für Realeinkommen, Investitionen und Beschäftigung ausgelöst.

Doch die SPD begnügt sich nicht mit diesen schädlichen und systemfremden Steuererhöhungsvorschlägen. Wieder macht sie Versprechungen, die sie nicht halten kann: Ein neues Arbeitsförderungsgesetz mit einer stärkeren Förderung der Lohn- und Sachkostenzuschüsse und einem Rechtsanspruch auf aktive Arbeitsförderung nach zwei Jahren kann angesichts der angespannten Lage des Bundeshaushaltes und wegen der ohnehin hohen Steuer- und Abgabenlast nicht noch zusätzlich finanziert werden.

Gegen alle wirtschaftlichen Erfahrungen der letzten Jahre will die SPD außerdem

Unternehmen neuen Regulierungen unterwerfen.

Neue Steuern, neue staatliche Reglementierungen und unverantwortbare zusätzliche Ausgaben: Das kann die SPD nicht im Ernst als mehr Wachstum und Beschäftigung verkaufen. Es steht im Widerspruch zu allen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten. Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Steuern. Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Regulierungen. Wir brauchen nicht zusätzliche Staatsausgaben, sondern die Bereitschaft und den Mut zu sparen.

Die SPD als wirtschafts- und sozialpolitischer Geisterfahrer, auf dem Weg in die Vergangenheit der 70er Jahre: Mit einem solchen Kurs bestätigt die SPD – unfreiwillig – nur eines, daß in Wahrheit niemand eine ernstzunehmende und verantwortbare Alternative zur Politik der Bundesregierung hat.

Internationale Jugendbegegnung in den USA

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt in der Zeit vom 29. Juli bis 18. August 1996 eine internationale Jugendbegegnung in Peoria, Illinois, USA, durch. Zur Teilnahme sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren herzlich eingeladen.

Unter dem Themenkreis „Umwelt“ wird der Mittlere Westen der Vereinigten Staaten erkundet, wo Frischluft e.V. vor Ort mit der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft zusammenarbeitet. Die erste Woche wird die Gruppe in Peoria, ca. 100 Meilen südwestlich von Chicago, verbringen, von dort aus geht es gemeinsam mit der amerikanischen

Partnergruppe zum Great Smoky Mountains Nationalpark. Über Nashville, Memphis und St. Louis führt die Reise zurück in die Großstadt Chicago. Der Teilnehmerbeitrag für die gesamte dreiwöchige Reise einschließlich Flug sowie Unterbringung in Gastfamilien und Motels beträgt nur 1.990,— DM. Einige Plätze für die Fahrt sind noch frei. Weitere Informationen und Anmeldeformulare sind zu erhalten in der Bundesgeschäftsstelle von

Frischluft e.V.
Annaberger Str. 283
53175 Bonn
Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03

Auf richtigem Kurs

Zur Leitzinssenkung durch die Deutsche Bundesbank erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Replik:

Mit der unerwartet kräftigen Leitzinssenkung hat die Bundesbank bestätigt, daß die Koalition mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem richtigen Kurs ist. Der Bundesfinanzminister hat mit seiner konsequenten Konsolidierungslinie das Vertrauen geschaffen, welches diese Entscheidung ermöglicht hat.

Wir werden auf diesem Wege voranschreiten und in der nächsten Zeit beherzt Maßnahmen ergreifen, um die Stabilität von Wirtschaft und Staatsfinanzen auch für die Zukunft zu sichern. Es bleibt unser wichtigstes Ziel, die Staatsquote zu senken und im Rahmen der symmetrischen Finanzpolitik durch energisches Sparen neue Spielräume für Abgabensenkungen zu schaffen.

Der Beschluß des Zentralbankrates ist insofern auch ein Vertrauensvorschuß, den die Verantwortlichen nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern einlösen müssen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ihren Beitrag dazu leisten und die Bundesregierung tatkräftig und kreativ unterstützen. Die Opposition und die SPD-geführten Landesregierungen würden verantwortungslos handeln, falls sie unsere zukunftsichernde Politik in der bisher üblichen Weise sabotierten.

Kommentare

Flankenschutz

Die Deutsche Bundesbank war wieder einmal für eine Überraschung gut. Entgegen den Erwartungen der meisten Experten und Marktteilnehmer wurden die Leitzinsen deutlich zurückgenommen. Mit 2,5 Prozent hat der Diskontsatz, zu dem die

Kreditinstitute Zentralbankgeld erhalten können, ein seit 1988 nicht mehr verzeichnetes Tief erreicht. Der weniger bedeutungsvolle Lombardsatz liegt mit 4,5 Prozent noch einen Punkt über seinem bisherigen Minimum. Zur Begründung führen die Währungshüter eine ganze Reihe signifikanter Daten an, um den Schritt gerade jetzt opportun erscheinen zu lassen. Das schlagkräftigste Argument liefert die anhaltend niedrige Teuerungsrate von etwa 1,5 Prozent. Eine Preisentwicklung, die das Prädikat „stabil“ verdient.

Die Welt

Zinssignal soll Mut machen

Für Kreditnehmer gibt es aus dem Haus der Bundesbank eine frohe Botschaft. Die Notenbank senkt ihre beiden Leitzinsen Diskont- und Lombardsatz auf ein historisches Tief. Das Geld wird nochmals billiger und könnte so manchen Privaten oder Unternehmer zu mehr Investitionen auf Pump anregen. Das Zinssignal aus Frankfurt soll der heimischen Wirtschaft Mut machen und kommt deshalb als flankierende Maßnahme zu den Bonner Sparplänen zur rechten Zeit. Gerade hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die Deutschen gemahnt, mehr gegen Arbeitslosigkeit und Schuldenberge zu tun. Es wäre jedoch vermessen zu glauben, mit niedrigen Zinsen allein sei die lahme Konjunktur auf Trab zu bringen. **Süddeutsche Zeitung**

Der Coup

Selbst renommierte Volkswirte der Frankfurter Großbanken wurden völlig überrascht. Mit einer Senkung der Leitzinsen hatten sie kaum gerechnet, schon gar nicht in einem solchen Ausmaß. Wieder einmal ist den Währungshütern ein Coup gelungen. Die Bundesbank hat mit ihrem jüngsten Schritt vielen Forderungen nachgegeben, die in letzter Zeit wegen der lahmen Konjunktur und der andauernden Massenarbeitslosigkeit erhoben wurden.

Stuttgarter Nachrichten

Wolfgang Schäuble:

Unser Programm ist ausgewogen und mutet niemandem Unzumutbares zu

Wir haben vier Millionen Arbeitslose in unserem Land, und ich finde, die Debatte und die Art, wie wir sie führen, sollten dieser Tatsache Rechnung tragen. Ich bitte Sie alle darum.

Herr Ministerpräsident Lafontaine, Sie haben gesagt, Fairneß und das Bei-die-Wahrheit-Bleiben sollten die Grundlage dieser Debatte sein. Dem will ich ausdrücklich zustimmen. Sie haben auch gesagt, die Regierungserklärung des Bundeskanzlers beschreibe die Lage und den Handlungsbedarf richtig. Sie haben dann den Vorschlägen zum Teil zugestimmt und zum Teil kritische Anmerkungen dazu gemacht. Aber Sie sind Ihrer eigenen Anforderung, bei der Wahrheit zu bleiben, nicht gerecht geworden, weil Sie dem Bundeskanzler unterstellt haben – das haben Sie ganz am Anfang gesagt –, die Rede sei zwar gut, aber sie hätte schon vor ein paar Wochen, nämlich vor den Landtagswahlen, gehalten werden müssen. Sie haben gesagt, wir hätten vor den Landtagswahlen nicht dasselbe gesagt, was wir jetzt als Konzept vorlegen. Das ist nicht die Wahrheit.

Damit wir das gleich friedlich ausräumen und es so machen, wie es Herr Lafontaine gesagt hat – mir ist es damit sehr Ernst, daß ein falscher Eindruck ausgeräumt wird –: Wir haben Ende Januar das 50-Punkte-Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vorgelegt. Ich will

hier nicht alles vortragen. Aber Sie haben als erste Punkte unsere Absichten hinsichtlich des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung genannt, Herr Lafontaine.

Jetzt lese ich Ihnen aus unserem 50-Punkte-Programm für Wachstum und Beschäftigung von Ende Januar – der Bundeskanzler hat darauf Bezug genommen; es ist ja veröffentlicht worden, und wir haben darüber debattiert – die Ziffer 18 vor:

Pro Mitarbeiter und Jahr gehen etwa 15 Arbeitstage durch Arbeitsunfähigkeit verloren. Dies führt zu im interna-

**Aus der Rede des
Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion in
der Bundestagsdebatte zum
Sparpaket der Bundes-
regierung am 26. April**

tionalen Vergleich hohen zusätzlichen Kostenbelastungen der deutschen Unternehmen. Um dem entgegenzuwirken, hält es die Bundesregierung für notwendig, daß die Tarifpartner – entsprechend der Verabredung in dem Gespräch beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996 (Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung) – Möglichkei-

ten zur Verminderung von Fehlzeiten in den Betrieben konkretisieren...

Es wurde immer gesagt: Wenn die Tarifpartner dazu Ergebnisse bringen, muß der Gesetzgeber nicht handeln. Die Tarifpartner haben am Dienstag erklärt, sie seien nicht in der Lage, zu Ergebnissen zu kommen. Ich will das nicht würdigen. Deswegen haben wir entsprechend unserer Ankündigung unsere Beschlüsse gefaßt. Nehmen Sie den Vorwurf zurück, wir hätten vor den Wahlen nicht angekündigt, was wir jetzt beschlossen haben!

Dann haben Sie gesagt, wir hätten unsere Absichten und Vorschläge zum Kündigungsschutzgesetz nicht vorher bekanntgemacht.

Ich lese zum Kündigungsschutz Ziffer 20 des Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze vor:

Ohne den Kündigungsschutz einzuschränken, sollen Regelungen präzisiert und klarer gefaßt werden. Dies gilt insbesondere für die Sozialauswahl und die dabei zu berücksichtigenden betrieblichen Notwendigkeiten bei betriebsbedingten Kündigungen.

Das ist das gleiche, was jetzt in unserem Programm steht.

Die Bundesregierung wird die zulässige Dauer von befristeten Arbeitsverhältnissen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz auf 24 Monate ausdehnen und in diesem Rahmen eine Mehrfachbefristung zulassen. Die Bundesregierung beabsichtigt, zur Förderung von Beschäftigung in kleineren Unternehmen und von Teilzeitarbeit den Schwellenwert im Kündigungsschutzgesetz zu erhöhen und Teilzeitarbeitnehmer im Arbeitsrecht anteilig zu berücksichtigen; sie wird darüber mit den Tarifpartnern Gespräche aufnehmen.

Herr Lafontaine, Sie müssen zurücknehmen, daß wir vor den Wahlen nicht gesagt

hätten, was wir diese Woche beschlossen haben.

Weil Sie es ja so damit haben, daß andere lesen sollen, wie gut man informiert ist, haben Sie, was ich sehr begrüße, gesagt, man solle doch die Möglichkeit der Verrechnung mit dem Bezug von Sozialhilfe bei eigener Arbeit von Sozialhilfeempfängern verbessern. Herr Ministerpräsident Lafontaine, ich darf Sie darüber informieren, daß das entsprechende Gesetz zur Reform des Sozialhilferechts vom Deutschen Bundestag am 22. März 1996 verabschiedet worden ist.

Das Problem ist leider nur, daß der Bundesrat das Gesetz bisher abgelehnt hat. Der Vermittlungsausschuß wird am Montag kommender Woche darüber beraten. Ich hoffe, daß Ihre Ankündigung auf mangelnder Information beruht und so zu verstehen ist, daß Sie darauf hinwirken werden, daß wir rasch die Zustimmung des Bundesrates zu dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz bekommen.

Nachdem klargestellt ist, daß der wesentliche Inhalt dessen, was die Koalitionsfraktionen nach intensiver, aber auch zügiger Beratung gestern abend beschlossen haben, was wir Ihnen vorlegen und was der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vorgetragen und begründet hat, bereits vor den Wahlen angekündigt war, können wir zur Sache zurückkehren. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers – das hat auch Herr Lafontaine nicht bestritten – hat zutreffend die Notwendigkeit beschrieben, daß wir angesichts dramatischer Veränderungen in der Welt wie in der Wirklichkeit unserer Arbeitswelt und unserer Gesellschaft neue Antworten auf neue Herausforderungen finden müssen. Das ist die eigentliche Aufgabe, die in unserem Land gestellt ist.

Die großen Veränderungen, die in der Welt stattfinden und auf die wir Antworten suchen müssen, können damit beschrieben

werden, daß wir eine Globalisierung von Märkten haben, daß der Wettbewerb um die Standorte von Investitionen und um Arbeitsplätze nach dem Ende der europäischen Teilung ganz anders geworden ist, als er noch vor wenigen Jahren war, daß wir deshalb um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit um die Zukunft unseres Wohlstands und unserer sozialen Sicherheit ringen müssen und daß wir wettbewerbsfähig bleiben bzw. wettbewerbsfähiger werden müssen, als wir es in den letzten Jahren geworden sind. Das ist die eigentliche Aufgabe.

Zu den großen Veränderungen gehört ganz genauso – ich könnte viele beschreiben; ich will nur wenige Hauptlinien aufzeigen, um zu begründen, worin unsere Antworten bestehen –, daß wir durch die Entwicklung der modernen Technik und Forschung; insbesondere durch die Kommunikationstechnik und anderes mehr im Bereich der industriellen Produktion und im Bereich großer Verwaltungen – denken Sie an Banken oder Versicherungen – Rationalisierungsfortschritte haben, die wir zwar beklagen, aber nicht ändern können, denen wir uns stellen müssen, weil sonst noch mehr Arbeitsplätze verlorengehen. Diese Entwicklung führt dazu, daß wir das Ziel Arbeit für alle eben nicht mehr nur im Bereich industrieller Produktion erreichen können, sondern dabei stärker als bisher den Bereich neuer Beschäftigungsfelder, insbesondere die privaten Haushalte und den Dienstleistungssektor insgesamt einbeziehen müssen.

Das führt dazu, daß das Problem der Lohnzusatzkosten, das Problem der Flexibilisierung und das Thema, neue Antworten zu suchen, eine ganz andere Bedeutung gewinnen, wenn man Arbeitslosigkeit nicht nur als Möglichkeit zur demagogischen Auseinandersetzung begreift, sondern als eine Herausforderung, zu deren Bewältigung wir alle aufgerufen sind.

Veränderungen ergeben sich auch auf Grund der demographischen Entwicklung. Am liebsten würden Sie auch noch dafür den Bundeskanzler verantwortlich machen. Ich weiß, daß er Ihrer Meinung nach für alles und vor allem für die Lösung aller Probleme zuständig ist. Ich habe verstanden – ich will ausdrücklich sagen, daß ich Ihre Meinung teile –, daß es, wenn Veröffentlichungen zutreffen, in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen bei der derzeitigen Situation, wo man zum Teil Dividendenzahlungen aussetzen muß und wo Arbeitsplätze abgebaut werden, als vorrangiges Problem angesehen wird, die Anpassung der Vorstandsbezüge an amerikanische Verhältnisse auf die Tagesordnung zu setzen. Ich finde, wir haben dringendere Probleme in unserem Land zu lösen. Dafür ist der Bundeskanzler aber nicht verantwortlich.

Das sollten wir gemeinsam sagen. Vielleicht können sogar die Arbeitnehmervertreter in den entsprechenden Vorständen daran mitwirken, daß man sich auf die vorrangigen Prioritäten, auch in den Vorstandsetagen, konzentriert.

Was die demographische Entwicklung betrifft, so müssen wir doch sehen – es hat doch keinen Sinn, uns die Verantwortung gegenseitig zuzuschieben –, daß die Lebenserwartung gestiegen ist und weiter steigt. Daß übrigens die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern schon im Vergleich zu 1989 im Ansteigen begriffen ist, gehört zu den erfreulichsten Dingen, die wir in unserem wiedervereinten Vaterlande zu registrieren haben.

Darüber, daß wir aber bei gleichzeitig gesunkenen Geburtenzahlen nicht den Weg in eine immer kürzere Lebensarbeitszeit fortsetzen können, wenn die Grundlagen unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherungssysteme stabil bleiben und als zukunftsfähig erhalten werden sollen, sollten wir nicht streiten, sondern wir sollten

darauf die richtigen Antworten suchen. Wir legen dazu in unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung Antworten vor, wobei wir gerne in der Auseinandersetzung mit Ihren Standpunkten überprüfen wollen, ob es noch bessere Wege gibt.

Dies alles sind Veränderungen, auf die wir reagieren wollen und müssen, wenn wir unsere Chancen für die Zukunft sichern wollen. Deswegen geht es gar nicht um Einsparungen, um Opfer und Einschränkungen, sondern es geht darum, die notwendigen Schritte zu tun, damit wir auch weiterhin in Wohlstand, in sozialer Gerechtigkeit und in einer sicheren Zukunft leben können. Das ist das Ziel.

Dazu müssen wir nach unserer Überzeugung kleine und mittlere Unternehmen befähigen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Deswegen konzentrieren wir uns in unserem Programm auf die Förderung neuer kleiner und mittlerer Unternehmen und auf die Förderung von Existenzgründern. Deswegen setzen wir in unserem Programm darauf, Existenzgründer zu fördern, die Eigenkapitalbildung in neuen, expandierenden Unternehmen zu verstärken und den Zugang zu Wagniskapital zu verbessern. Das alles sind die Schritte.

Deswegen konzentrieren wir uns auch darauf, wie schon Ende Januar angekündigt, die Einstellungsmöglichkeiten, auch durch die Anhebung von Schwellenwerten beim Kündigungsschutz, bei kleinen Unternehmen im Handwerk zu verbessern.

Wir müssen nach unserer Überzeugung Einstellungshemmnisse abbauen, und wir müssen nach unserer Überzeugung die Bereitschaft zur Neueinstellung, zur Schaffung von neuen und von mehr Arbeitsplätzen verbessern. Wir sollten uns nicht durch Scheuklappen und Tabus den Zugang zur Lösung der Probleme versperren. Deswegen finde ich auch, daß der Gesetzgeber in allen Bereichen, die nicht tarifvertraglich geregelt sind – wir respektieren die Tarifautonomie – die Regelungen

für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Entgeltfortzahlung im Urlaub modifizieren und eine Selbstbeteiligung im Krankheitsfall und eine Anrechnung von Überstunden bei der Entgeltfortzahlung im Urlaub einführen sollte. In allen anderen Ländern ist das auch so geregelt.

Ich meine, daß man in den Fällen, in denen man nicht arbeitsfähig ist, nicht genausoviel oder gar mehr bekommen kann wie dann, wenn man erwerbstätig ist. Der Vorschlag, den wir hier machen, ist nicht etwas Unzumutbares, wie überhaupt alles das, was wir vorschlagen, überhaupt nicht als „Kahlschlag“ oder „tiefer Einschnitt“ oder „Opfer“ zu begreifen ist.

Nein, die notwendigen, aber zumutbaren und sozial ausgewogenen und vertretbaren Korrekturen haben ein einziges Ziel: unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit und mehr Arbeitsplätze auch für die Zukunft zu sichern. Darum und um nichts anderes geht es, und da sollten wir uns nicht gegenseitig diffamieren.

Wir müssen auch neue Beschäftigungsfelder erschließen. Deswegen glaube ich, daß unser Schritt richtig ist. Ich habe aufmerksam zugehört und die Zuversicht geschöpft, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Position, die sie über viele Jahre eingenommen hat, korrigiert. Wir sind der Überzeugung, daß wir private Haushalte stärker als Arbeitgeber für reguläre Beschäftigungsverhältnisse steuerlich anerkennen müssen. Das haben Sie über viele Jahre mit dem Totschlagargument „Dienstmädchenprivileg“ verhindert und diffamiert. Jetzt sind Sie dabei, Ihre Position zu korrigieren. Ich begrüße das ausdrücklich und werbe dafür, daß Sie das unterstützen. Wenn wir über die Lebenswirklichkeit von Menschen, Frauen und Männern, reden, dann wissen wir, daß Einstellungen und Lebensplanungen sich verändern, daß heute mehr Menschen als zu Lebzeiten der

Generation unserer Eltern und Großeltern ihre Lebensplanung darauf abstellen, daß sie gern erwerbstätig sein wollen und daß sie sich bei der Erledigung häuslicher Arbeit in einem stärkeren Maße als früher auch der Anstellung von Arbeitskräften bedienen wollen. Dieser Leistungsaustausch wird aber nur funktionieren, wenn er außerhalb von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft erfolgt, wenn wir die steuerlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß dies tatsächlich nicht in die Schattenwirtschaft abgedrängt wird. Deswegen legen wir diesen Vorschlag vor und werben bei Ihnen um Unterstützung.

Ich habe überhaupt bei vielen Ihrer Vorschläge – soweit ich sie nachvollziehen konnte und soweit Sie sie auch schriftlich übermitteln haben – die Sorge, daß das, was Sie aufs Papier schreiben, nicht der Wirklichkeit im Leben entspricht. Man kann wunderbar darüber diskutieren – die Debatte wird auch in meiner Fraktion geführt; warum soll man darüber nicht reden? –, ob die Entwicklung bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf Dauer ohne jede Veränderung so weitergehen kann. Aber, Herr Kollege Lafontaine, wenn wir diese Beschäftigungsverhältnisse einfach abschaffen, dann – das sage ich Ihnen voraus – wird die Antwort der Realität die sein, daß wir nicht mehr Beschäftigungsverhältnisse bekommen, sondern noch mehr Schwarzarbeit und noch mehr Schattenwirtschaft. Das möchten wir vermeiden.

Es nützt uns nichts, wenn wir auf dem Papier scheinbar gute Programme machen, die in der Wirklichkeit nicht funktionieren. Wir müssen doch sehen, daß es ein entscheidendes Problem ist, daß ein immer größerer Teil von Beschäftigung in die Grauzone von Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit abdriftet. Deswegen ist es die Hauptaufgabe, wenn wir mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr wirtschaftliche Dynamik und damit mehr soziale Si-

cherheit wollen, daß wir den zu breit gewordenen öffentlichen Korridor – das nennt man Staatsquote bzw. Steuer- und Abgabenquote – etwas enger gestalten.

Deswegen sind alle unsere Bemühungen, durch Einsparungen Steuern und Abgaben allmählich senken zu können, nicht Sparaktionen um des Sparens willen, sondern es sind notwendige Beiträge, um mehr Arbeitsplätze zu bekommen. Darum geht es und nicht um einen anderen Zusammenhang.

Deswegen sind Ihre Alternativen aus meiner Sicht nicht hinreichend geeignet. Sie sagen, wir sollten Leistungen aus der Sozialversicherung auf die öffentlichen Haushalte umfinanzieren. Dieses Argument haben wir auch in unseren eigenen Reihen hin und her abgewogen. Tun wir doch nicht so, verehrte Kolleginnen und Kollegen, als hätte der eine recht und der andere unrecht, sondern lassen Sie uns doch um die bessere Lösung, um die richtigen Antworten ringen! Die Lage ist ernst genug, und die Probleme sind wichtig genug.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß in der jetzigen Situation unseres Landes, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft die Staatsquote, die wir ja zwischen 1982 und 1989 – der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen – von 52 auf unter 46 Prozent reduzieren konnten, als Folge von 40 Jahren Teilung und Sozialismus wieder zu hoch geworden ist.

Wir müssen deswegen zunächst Einsparungen durchsetzen; denn durch Umschichtungen, durch Umfinanzierungen reduziert man die Staatsquote nicht. Die Staatsquote zu reduzieren heißt, Einsparungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen vorzunehmen. Aus diesem Grunde haben wir uns dafür entschieden, zunächst auf der Ausgabenseite zumutbare Einsparungen durchzu-

setzen und in einem nächsten Schritt schnell, aber auch gründlich vorbereitet durch die beiden Kommissionen unter dem Vorsitz von Finanzminister Theo Waigel und Arbeitsminister Norbert Blüm, darüber zu reden, welche weiteren Schritte zusätzlich gegangen werden können.

Wenn wir uns jetzt dem Zwang zu Einsparungen bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei den Sozialversicherungen dadurch entziehen würden, daß wir neue Finanzquellen erschließen, dann würden wir einen Fehler machen, und die Staatsquote würde nicht sinken, sondern weiter steigen. Deshalb sind wir dagegen.

Sie sagen, man sollte eine ökologische Steuerreform durchführen. Wir haben darüber schon einige Male diskutiert; man muß es ja auch immer wieder tun. Auch da hat der eine nicht nur recht und der andere nicht nur unrecht. Wenn wir aber über die Frage diskutieren, ob dies unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte jetzt ein richtiger Schritt ist, dann sage ich Ihnen: Angesichts des Standortwettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze – noch immer sind unsere Hauptkonkurrenten die westeuropäischen Nachbarn, und die anderen EU-Länder haben im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich um 25 Prozent niedrigere Strompreise – wird jeder Schritt, der die Kostensituation des Standortes Deutschland im Vergleich zu unseren Partnern in Europa zusätzlich belastet, den Prozeß der Auslagerung von Arbeitsplätzen verschärfen und ist deswegen in dieser Situation das falsche Rezept.

Aus diesem Grunde möchten wir in dieser Situation nichts tun, was die Chancen für mehr Arbeitsplätze und weniger Arbeitslosigkeit weiter verschlechtert. Deshalb konzentrieren wir uns auf diese Dinge.

Wir haben ja auch hinsichtlich der Durchführung einer Kraftfahrzeugsteuerreform

lange miteinander diskutiert, nachgedacht und gerungen, ob es richtig ist, die Kraftfahrzeugsteuer jetzt auf die Mineralölsteuer umzuverlagern, oder ob es nicht der bessere Weg ist, zunächst einmal eine schadstoffemissionsbezogene Kraftfahrzeugsteuerreform zu verwirklichen.

Die Umweltpolitiker haben uns ganz überwiegend gesagt, der bessere Weg, schneller zu einer stärkeren Reduktion der Emissionen durch den Kraftfahrzeugverkehr zu kommen, sei unsere Form der schadstoffemissionsbezogenen Kraftfahrzeugsteuerreform. Wir schlagen Ihnen das so vor, weil wir uns darauf konzentrieren müssen, wenn wir der Umwelt helfen wollen

Das ist im übrigen auch für die wirtschaftliche Dynamik günstig: Wenn wir die Umrüstung der Fahrzeugflotte von nicht schadstoffarmen auf schadstoffärmere Kraftfahrzeuge beschleunigen, bewirkt dies auch einen positiven Impuls für Wachstum und Beschäftigung, für Arbeitsplätze in unserem Land. Auch unter diesem Aspekt scheint uns dies der richtigere Weg zu sein. Deswegen werbe ich schon jetzt um Ihre Zustimmung.

Wir haben aber auch gesagt: Ab 2003 kann unseres Erachtens bei der Kraftfahrzeugsteuerreform der nächste Schritt getan werden, den wir nur im Einvernehmen mit den Ländern gehen wollen und gehen werden. Wir wollen ja all diese Dinge im Einvernehmen mit den Ländern machen, zumal die Kraftfahrzeugsteuer eine Steuer ist, deren Aufkommen ausschließlich den Bundesländern zukommt.

Deswegen müssen wir ökologische und ökonomische Argumente und Gesichtspunkte unter Berücksichtigung und nach eingehender Analyse der heute gegebenen Lage, der Notwendigkeiten und Prioritäten richtig miteinander verbinden. Unser Programm, das wir Ihnen vorschlagen und wofür wir um Ihre Zustimmung werben, ist meines Erachtens der bessere Weg, um der

Umwelt zu dienen und zugleich die Chancen für mehr Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung und mehr wirtschaftlichen Wohlstand in unserem Lande zu erschließen.

Ich glaube, daß das, was Sie unter dem Schlagwort „ökologische Steuerreform“ in die Debatte eingebracht haben, am Ende nur zu einer Verteuerung der Energie und zu weniger Beschäftigung und im Ergebnis auch zu weniger Umweltstandards in Europa führt; denn wenn die Produktion aus Deutschland verlagert wird, dient das ja auch der Umwelt nicht, weil wir die höchsten Umweltstandards in der Produktion haben.

Ich habe die Diskussion um den Produktionsstandort für ein neues Automobil in Lothringen oder in Baden-Württemberg sehr genau miterlebt. Herr Bundeskanzler, Sie haben sich damals dankenswerterweise zusammen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten um diese Entscheidung bemüht, ohne daß wir in die Entscheidung der Unternehmer eingreifen wollten; das können wir nicht, und das dürfen wir auch nicht. In jener Diskussion hat die Frage der Energiepreise in Baden-Württemberg einerseits und in Elsaß-Lothringen andererseits eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Deswegen: Wer Energiepreise in Deutschland erhöht, muß die Frage beantworten, ob das bei mehr als 4 Millionen Arbeitslosen verantwortbar ist. Ich halte es nicht für verantwortbar.

Wenn wir uns einig sind, daß wir, um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können, die zu hohe Belastung an Steuern und Abgaben reduzieren müssen, dann sollten Sie, Herr Lafontaine, unsere Vorschläge hier nicht so sachwidrig darstellen. Sie haben am Schluß plötzlich gesagt, daß Sie offenbar zur Kenntnis genommen haben, daß unser Vorschlag eben nicht ist, die private Vermögensteuer ersatzlos abzuschaffen. Ich meine, es ist doch in Ordnung, daß wir in der Diskussion manche Vorschläge gemacht haben; man wird doch

noch ein bißchen diskutieren dürfen. Aber da wir gesagt haben, am Donnerstag, dem 25. April, werden wir entscheiden, und schon am Freitag, dem 26. April, möchten wir das gern mit Ihnen im Bundestag debattieren, sollten wir uns doch an das halten, was wir gemeinsam vorgeschlagen haben.

Unser Vorschlag ist, die Vermögensteuer genauso wie die Gewerbekapitalsteuer auf Betriebsvermögen als Steuern, die im Standortwettbewerb Investitionen behindern, abzuschaffen und die private Vermögensteuer, die Steuer auf Privatvermögen, mit der Erbschaftsteuer zusammenzufassen. Dann haben wir soziale Ausgewogenheit und zugleich Steuervereinfachung.

Wenn wir die Gewerbekapitalsteuer nicht abschaffen, wenn Sie Ihre Blockade der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer nicht endlich aufgeben, müssen wir zum 1. Januar in den neuen Bundesländern die Einheitsbewertung einführen. Dann bricht die Steuerverwaltung in den neuen Bundesländern zusammen; sie kann das gar nicht leisten.

Die Tatsache, daß in den letzten fünf Jahren annähernd 200 Milliarden DM Direktinvestitionen aus Deutschland ins Ausland geflossen sind, was aus vielen Gründen gut, notwendig und richtig ist – der Bundeskanzler hat das in seiner Regierungserklärung zutreffend beschrieben –, daß dem aber nur knapp 19 Milliarden DM Direktinvestitionen aus dem Ausland in Deutschland gegenüberstehen, beschreibt etwas von dem Prozeß der Abwanderung von Investitionen und Arbeitsplätzen aus Deutschland. Dies können wir nicht hinnehmen. Das müssen wir ändern!

Weil dies so ist, dürfen wir in Deutschland investiertes Kapital nicht höher besteuern, als es in anderen Ländern der Fall ist. Sonst werden noch mehr Arbeitsplätze ab-

wandern. Deswegen muß die Gewerbesteuer, die es sonst nirgendwo in Europa gibt, weg. Deswegen muß nach dem Urteil des Verfassungsgerichts auch die Vermögensteuer auf Betriebsvermögen weg.

Dann aber macht es keinen Sinn – das werden Ihnen auch Ihre Finanzminister in den Ländern sagen –, die Vermögensteuer auf den privaten Teil der Vermögen aufrechtzuerhalten. Sie führt zu einem Steueraufkommen von etwa 4 Milliarden DM. Die Finanzministerien der Länder sagen uns, daß sie, um diese 4 Milliarden DM zu erheben, Kosten in Höhe von 2 Milliarden DM haben. Das macht doch keinen Sinn. Dann ist es doch vernünftiger, den Betrag, der sich netto an Aufkommen für die Länder tatsächlich ergibt, auf die Erbschaftsteuer zu schlagen und die Vermögensteuer ganz abzuschaffen und damit insgesamt ein einfaches und sozial ausgewogenes System zu schaffen. Das ist unser Vorschlag.

Sie haben gestern Abend – Herr Scharping schon einige Tage zuvor, und er hat offenbar gestern Abend Zustimmung gefunden – gesagt: Der Solidaritätszuschlag muß schnell abgebaut werden.

Sie haben nun vorgeschlagen – darauf will ich aufmerksam machen –, statt dessen eine Abgabe in Höhe von 1 Prozent auf alle privaten Geldvermögen zu erheben. Ich habe mir überlegt, wie das funktionieren kann. Da stellt sich nämlich wieder das Problem des Unterschiedes zwischen Papier und Lebenswirklichkeit. Wir haben mit der Vermögensteuer nämlich schon einen Steuersatz auf Privatvermögen in Höhe von 1 Prozent; diese Abgabe gibt es. Das Gesamtaufkommen der Vermögensteuer auf Privatvermögen – für die Erhebung sind die Länder zuständig – liegt derzeit bei knapp 4 Milliarden DM. Dabei handelt es sich aber nicht nur um die Geldvermögen, sondern um alle Privatvermögen zusammen.

Herr Scharping, die Rechnung, mit einer einprozentigen Abgabe auf Geldvermögen, die es im Prinzip schon gibt, plötzlich ein Aufkommen von 35 Milliarden zu bekommen, ist etwas, was in der Lebenswirklichkeit nicht funktionieren kann. Diese Rechnung geht nicht auf. Wissen Sie, was Sie erreichen werden? Sie werden die Kapitalflucht dramatisch verschärfen.

Deswegen möchte ich an Sie appellieren: Überlegen Sie sich solche Vorschläge gut! Sie funktionieren nicht. Wenn ich sehe, daß es gemäß der gesamtwirtschaftlichen Statistik 3,5 Billionen DM Privatvermögen gibt, kann ich natürlich ausrechnen, daß 1 Prozent davon 35 Milliarden DM sind. Wie soll das aber funktionieren? Wir haben einen Steuersatz auf Privatvermögen von 1 Prozent. Diese Frage hätten Sie sich stellen müssen.

Diese Steuer ergibt heute insgesamt nicht einmal 4 Milliarden DM; und darin sind noch andere Vermögenswerte erfaßt. Deswegen sage ich Ihnen: Ihr Vorschlag funktioniert nicht. Sie sind manchmal, wie auch wir, in der Gefahr, sich in den Konzepten eines Entwurfs zu sehr auf das Papier zu konzentrieren und die Realität aus dem Blick zu verlieren. Das aber hilft unserem Lande nicht. Daher ist Ihr Vorschlag zur Lösung unserer Probleme ungeeignet.

Deswegen glaube ich, daß das, was wir jetzt in unserem Programm auch steuerlich auf den Weg bringen, der richtige Weg ist. Das, was wir an Vorschlägen machen, um die notwendige Rückführung von Steuern und Abgaben, um die notwendige Verringerung des öffentlichen Korridors zu erreichen, ist wichtig, ist zumutbar, und es verdient in keinem Falle eine Diffamierung, wie Sie sie teilweise in Ihrer Rede zum Ausdruck gebracht haben.

Herr Ministerpräsident Lafontaine, Sie haben selber gesagt, im Bereich der Sozialhilfe wären Sie bereit, darüber zu reden,

daß man sie vielleicht nicht erhöhen muß. Unser Vorschlag basiert darauf, daß wir Preisstabilität haben. Der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen. Glückwunsch an uns alle, daß wir einen Finanzminister der Stabilität und Solidität wie Theo Waigel haben!

Ich begrüße ja, Herr Lafontaine, daß Sie heute zur Lohnzurückhaltung aufgefordert haben. Aber ich habe noch im Ohr, daß ich Ihnen in den zurückliegenden Debatten immer wieder erklären mußte, daß Ihre Aufforderung nicht zur Lohnzurückhaltung beiträgt.

Wenn Sie heute sagen, Lohnzurückhaltung sei aus konjunkturellen Gründen geboten, während Sie vor einem Dreivierteljahr behaupteten, man dürfe aus konjunkturellen Gründen keine Lohnzurückhaltung üben, dann kann irgend etwas nicht stimmen.

Ich begrüße, daß Sie zur Lohnzurückhaltung aufgefordert haben. Ich unterstütze dies. Aber wenn wir jetzt glücklicherweise eine größere Stabilität haben, als noch vor einem Jahr angenommen, dann – da stimme ich Ihnen zu, und das ist auch unser Vorschlag – müssen wir die Sozialhilferegelsätze im nächsten Jahr nicht anheben.

Aber wenn wir die Sozialhilferegelsätze nicht anheben müssen, weil wir Preisstabilität haben, weil wir keine Inflation haben, dann, denke ich, ist es auch richtig, daß wir gemeinsam noch einmal darüber reden – das ist unser Vorschlag –, ob wir die Anhebung des steuerfreien Existenzminimums nicht um ein Jahr verschieben können, genauso wie wir gemeinsam sagen, die Anhebung der Sozialhilfesätze kann um ein Jahr verschoben werden. Das hängt doch miteinander zusammen. Das halte ich nicht für unzumutbar, auch wenn es eine Sache ist, die niemandem von uns leicht fällt.

In der Familienpolitik, im Werben für mehr Familienleistungsausgleich läßt sich – nehmen Sie es mir nicht übel, verehrte

Freunde von der FDP – die CDU/CSU-Fraktion ungern von irgend jemandem übertreffen.

Ich sage aber ganz ehrlich: Ich glaube, bei einem Konsolidierungsbedarf von 50 Milliarden DM für die öffentlichen Gesamthaushalte und 25 Milliarden DM für den Bundeshaushalt, der doch gar nicht bestritten ist, und bei den Schwierigkeiten, in einem Jahr diesen Konsolidierungsbedarf sozial zumutbar und ausgewogen zu erbringen, ist es doch richtig, daß man, wenn man die Sozialhilfesätze nicht anhebt – dafür werben im übrigen insbesondere die Städte, Gemeinden und Landkreise –, dann das steuerfreie Existenzminimum, das einen Bezug zu den Sozialhilfesätzen hat, ebenfalls nicht anheben sollte. Wenn wir von ausgewogenen Konzeptionen reden, dann, finde ich, ist unser Vorschlag ausgewogener als der Ihre, zu sagen: Die Sozialhilfe wird nicht angehoben, aber die Steuerfreibeträge werden weiter angehoben.

Steuerfreibeträge und Kindergeld – darauf haben wir uns im letzten Jahr mühsam miteinander verständigt – müssen einander entsprechen. Deswegen ist unser ausgewogener Vorschlag richtig und notwendig. Er ist uns nicht leichtgefallen, und ich will die Probleme auch gar nicht ver-harmlosen.

Angesichts dieser Lage sollten im übrigen diejenigen, die für die öffentlichen Verwaltungen Tarifverhandlungen zu führen haben, ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber, Herr Lafontaine, damit das auch klar ist: Sie haben Vorschläge für das, was dort verhandelt werden soll, gemacht. Sie haben das Wort Sockelbetrag in den Mund genommen. Ich rate dringendst – ich bin Innenminister und Verhandlungsführer für Tarifverhandlungen gewesen –, jeden Einfluß der Politik auf Tarifverhandlungen zu unterlassen.

Sie haben vielleicht noch nicht die Gelegenheit gehabt, unser Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung zu lesen. Auch deswegen hat diese Debatte ja ihren Sinn. Auf Seite 13 unseres Programms haben wir unter der Ziffer VI geschrieben:

Angesichts der extrem angespannten Lage der öffentlichen Haushalte steht für Tarifierhöhungen und Besoldungsanpassungen keine Verteilungsmasse zur Verfügung.

Das ist genau das, was ich sage: Wir vermeiden jeden Ratschlag und jede Aussage dazu, wie das Ergebnis der Tarifverhandlungen aussehen soll; denn das ist Sache der Verhandlungen der Tarifpartner. Das ist unser Verständnis und der Respekt vor der Tarifautonomie. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie das genauso, machen Sie keine Vorschläge für die Tarifverhandlungen. Sie bezahlen am Ende nur teuer dafür. Ich habe das selber erlebt. Jemand hat einmal gesagt, mehr als 4 Prozent dürften es nicht sein, und dann war die Meßplatte schon entsprechend angelegt. Das war eine teure Veranstaltung, Herr Parteivorsitzender Gerhardt. Das ist schon ein paar Jahre her, aber ich habe daran noch eine gewisse Erinnerung.

Ich glaube, daß es insgesamt um das geht, was wir in unserem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vorlegen: Abbau von Einstellungs Hindernissen, Stärkung der kleinen Betriebe und des Mittelstands, Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich und in privaten Haushalten, Deregulierung, Verbesserung der Möglichkeiten des Zugangs für Eigen- und Fremdkapital, aber auch Stabilisierung der Beitragssätze, wobei wir auch die Kraft aufgebracht haben, notwendige Prioritäten zu setzen – wir halten an der Pflegeversicherung für stationäre Behandlung fest, was in einer solchen Situation auch nicht leicht, aber richtig und notwendig ist –, Reduzierung des Krankenversicherungsbeitrags, Stabi-

lisierung des Rentenversicherungsbeitrags unter 20 Prozent, eine begrenzte Beitragsreduzierung bei der Bundesanstalt für Arbeit und darüber hinaus Senkung des Bundeszuschusses zur Bundesanstalt im nächsten Jahr, weil das notwendig und unvermeidbar ist.

Denn wir müssen die Konsolidierung von 25 Milliarden DM im Bundeshaushalt erreichen, und wir erreichen das auf eine Weise, die insgesamt ausgewogen ist, die niemandem in diesem Lande Unzumutbares zumutet und die die Grundlagen unseres Sozialstaates nicht gefährdet, sondern für die Zukunft sichert. Darum geht es.

Deswegen werbe ich dafür: Reden Sie nicht das Programm in einer diffamierenden Weise schlecht, sondern ringen Sie mit uns um den besten Weg! Das ist eine Anstrengung, die wir in diesem Lande gemeinsam leisten müssen, Bund, Länder und Gemeinden. Das ist ein Konzept, das auch die finanziellen Interessen, die Haushaltsprobleme von Ländern und Gemeinden, angemessen berücksichtigt. Das ist eine Konzeption, die die Tarifpartner in ihrer Autonomie nicht einschränkt, aber in ihrer Verantwortung voll in Anspruch nimmt. Das müssen wir auch, weil wir das Land sonst nicht voranbringen. Deshalb, Herr Bundeskanzler, unterstützen wir Ihre Bemühungen auch gegen manche Diffamierung, diesen für die Zukunft notwendigen Dialog zwischen Politik, Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften weiterzuführen.

Herr Ministerpräsident Lafontaine, ich war froh, daß der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, am Mittwoch – allem öffentlichen Schlachtengetümmel nach dem Dienstagabend zum Trotz – zusammen mit den Spitzenverbänden von Wirtschaft und Gewerkschaften eine gemeinsame Initiative von Regierung, Wirt-

schaft und Gewerkschaften zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit vorstellen konnte. Das ist genau der richtige Weg, den wir gehen. Sie haben das Thema angesprochen. Das zeigt, daß wir auch weiter darauf setzen können und setzen werden, alle Kräfte in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zur Bewältigung unserer Zukunftsprobleme in Anspruch zu nehmen.

Aber das bedeutet auch: Jeder muß in seinem Bereich seine Verantwortung wahrnehmen. Das Bemühen um Konsens darf nicht dazu führen, daß wir am Ende auf Grund des Prinzips des kleinsten gemeinsamen Nenners nicht mehr zur Lösung von Problemen fähig sind. Vielmehr heißt Konsens: gemeinsame Verantwortung, gemeinsames Ringen um den besseren Weg. Das heißt aber auch: Wahrnehmung von Verantwortung, Entscheidungsfähigkeit.

Wir dürfen nicht der Versuchung nachgeben, am Ende jeden Besitzstand zu verteidigen. Denn in einer Zeit, in der das Ausmaß und das Tempo von Veränderungen in unserer Gesellschaft wie in der Welt um uns herum größer sind, als es uns lieb ist, müssen wir zur Innovation fähig bleiben. Wir nehmen unseren Teil der Verantwortung wahr. Dem dient unser Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dazu bitte ich Sie um Ihre Mitwirkung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Pressestimmen

Der Beginn eines Weges, den wir alle gehen müssen

Eines darf man dem Bundeskanzler gestrost unterstellen: Helmut Kohl hätte in dieser Woche viel lieber freundlichere Bot-schaften verkündet als die aus dem „Pro-

gramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ resultierenden Einschnitte in lieb-gewonnene Besitzstände.

Aber waren die mit dem „Sparpaket“ ver-bundenen Maßnahmen wirklich „schlech-te Nachrichten“, wie sie in den Medien flugs betitelt wurden? Für den einen oder anderen wird das sicherlich zutreffen, und auch die schnell anschwellende Kritik von Verbänden und Organisationen legt eine solche Bewertung nahe. Aber sie ist falsch.

Die gewiß unpopulären Beschlüsse sind der Beginn eines Weges, den wir alle gehen müssen. Denn, machen wir uns doch nichts vor: Aus globaler Perspektive betrachtet ist Deutschland eine Wohlstands-insel, die von immer mächtigeren Wellen der internationalen Konkurrenz bedroht wird.

Natürlich ist Deutschland – im Weltmaß-stab betrachtet – ein Land mit einem gut funktionierenden Staatswesen und einer hervorragenden Infrastruktur. Aber diese Leistungen werden – die viel zu hohe Staatsquote belegt es – zu Preisen angebo-ten, die den Standort Deutschland unat-traktiv machen.

Natürlich produziert die deutsche Wirt-schaft Güter, die im Ausland gefragt sind – der hohe Export beweist es. Aber die lau-ten Klagen der Industrie über den immer härteren internationalen Wettbewerb zei-gen, daß die von deutschen Unternehmen produzierten Güter und Dienste immer austauschbarer werden.

Natürlich weisen die Gewerkschaften zu Recht auf die hohe Qualifikation der deut-schen Arbeitnehmer hin. Der steigende Export von Arbeitsplätzen aus Deutsch-land ist aber ein Zeichen dafür, daß die deutschen Arbeitnehmer in diesem Punkt Konkurrenten im Ausland bekommen ha-ben.

Man kann an diesem oder jenem Punkt des „Sparpakets“ herumkritteln, nicht

aber an der Botschaft: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir uns dem internationalen Wettbewerb auf allen Gebieten stellen und handeln.

Welt am Sonntag, 28. April 1996

So bequem wie gewohnt konnte es nicht weitergehen

Das sind die Stunden, die sich ein Regierungschef wünscht. Sie brechen an, wenn es gilt, schlechte Nachrichten als Notwendigkeiten zu verkünden. Das beeindruckt, trotz allem, wenn sich Ungewißheit ausgebreitet hat und die Erkenntnis, so bequem wie gewohnt könne es nicht weitergehen. Der Kanzler muß es nur verstehen, die schlechte Nachricht so zu präsentieren, daß es als Dienst an der Wiederherstellung von Verlässlichkeit verstanden wird, wenn gewisse (noch nicht geradezu katastrophale) Opfer zu bringen sind. Vielleicht ist das Publikum sogar erleichtert, weil es denkt, die Qual des täglichen Wartens habe nun ein Ende.

Kohl hat die Aufgabe erfüllt, er hat sie als Chance begriffen. Dieses war, um mit Kohl zu sprechen, nicht die Stunde für rhetorische Silvesterraketen. Eine gewisse rednerische Ungeschliffenheit hilft, aus der Not eine Tugend zu machen. Ernst, sachlich und hier und da ein bißchen ungelentk sprach der Kanzler zu seinem Volk. Ein eleganter Redner hätte diese Wirkung nicht erzielt; er fiel dem Urteil anheim, „denen da oben“ mache das ja alles nichts aus, es gehe sie nichts an. Kohl ließ sich anmerken, daß er, als ein guter Hausvater, nun ernsthaft mahnen müsse, beim Fortgang des fröhlichen Lebens drohe die Katastrophe. Aber sie sei durchaus abzuwenden, kleine Verzichte jetzt beugten einer großen Not in der Zukunft vor.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
27. April 1996**

Die hohe Arbeitslosigkeit hat die Operation unausweichlich gemacht

Mag sein, daß die Schmerzen der sozialen Einschnitte geringer ausgefallen wären, hätte die Bonner Koalition schon vor Monaten oder gleich nach der Bundestagswahl 1994 gehandelt. Doch richtig ist auch, daß vor zwei Jahren das Krisenbewußtsein der Bevölkerung weit weniger ausgeprägt war als heute. Das relativ gute Abschneiden von CDU und FDP und das Debakel der SPD bei den drei Landtagswahlen am 24. März konnte die Regierung Kohl als letzte Aufforderung deuten, nun endlich das Sparpaket zu schnüren, das den Standort Deutschland wieder stärken soll.

Die Operation war unausweichlich. Dem immer schnelleren Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit und des Staatsdefizits mußte endlich entgegengesteuert werden. Jede Regierung, auch eine SPD-geführte, wäre in der krisenhaften Lage, in der sich Deutschland heute befindet, um schmerzhafteste Einschnitte nicht herumgekommen. Wäre diese Roßkur unterblieben, hätte die Bevölkerung noch vor der Jahrhundertwende eine viel höhere Rechnung präsentiert bekommen als heute: Wirklich gnadenlose Kürzungen im Sozial- und Gesundheitssystem wie auch bei Renten und Pensionen. Familien, denen heute eine Verschiebung der Erhöhung von Kindergeld, Kinderfreibetrag und Grundfreibetrag um ein Jahr zugemutet wird, oder Frauen, die nun länger bis zur Rente arbeiten müssen – sie können nun wenigstens eine Hoffnung haben: daß die „deutsche Krankheit“ überwunden wird, die Älteren wieder mehr Sicherheit für ihren Ruhestand und die Jungen bessere Zukunftschancen für ihr Berufsleben erhalten.

Stuttgarter Nachrichten, 27. April 1996

Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung hilft den Gemeinden

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, das der Bundeskanzler am 26. April im Bundestag vorgestellt hat, bringt mehrere starke Impulse für Städte, Gemeinden und Kreise.

1. Die zweite Stufe der Pflegeversicherung entlastet die Träger der Sozialhilfe und damit vor allem die Kommunen in Milliardenhöhe. Dafür hat sich insbesondere unser Bundeskanzler Helmut Kohl nachhaltig eingesetzt. Er hat hier immer wieder auch die Verantwortung für die Gemeinden betont. Initiativen, die zweite Stufe der Pflegeversicherung zu verschieben, werden insbesondere durch den Einsatz des Bundeskanzlers abgewehrt.

2. Die unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer anstelle der Gewerbesteuer ist eine historische Chance für Städte und Gemeinden.

Zahlreiche Anreize für neue Arbeitsplätze

Im Programm für Wachstum und Beschäftigung ist dieser Vorschlag ein wichtiges Element. Es bestehen jetzt mehr Chancen auf Durchsetzung dieses Planes als 1995, weil insbesondere die Kommunen das Positive dieses Vorhabens erkannt haben. Unser Finanzminister Theo Waigel kämpft dafür mit großem persönlichen Einsatz.

3. Einsparungen und Vermeidung von Kostenbelastungen für die Kommunen bei der Sozialhilfe und im Bereich des öffentlichen Dienstes helfen den kommunalen Haushalten.

4. Lastenverschiebungen in die kommunalen Haushalte, etwa durch zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe, konnten vermieden werden.

Diese Festlegungen im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung geben allen Verantwortlichen in der kommunalen Selbstverwaltung wichtige Orientierungspunkte für die eigenen Entscheidungen in den nächsten Monaten. Aus kommunaler

Von Horst Waffenschmidt,
Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundes-
minister des Innern

Sicht ist das Programm nachdrücklich zu begrüßen! Jetzt sind auch alle Verantwortlichen in Städten, Gemeinden und Kreisen gefordert, erneut ihren Beitrag vor Ort für mehr Wachstum und Beschäftigung zu erbringen. Dafür gibt es, wie alle Kommunalpolitiker wissen, viele Aufgabengebiete im kommunalen Bereich.

Besonders bedeutsam ist jetzt, daß das neue Programm zahlreiche Anreize für Investitionen und neue Arbeitsplätze gibt. Alle Kommunalpolitiker wissen, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Erfahrungen immer auch die beste Initiative für die kommunalen Finanzen ist. Deshalb bietet das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung wichtige Möglichkeiten nicht nur für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, sondern auch für die kommunale Selbstverwaltung in unserem Land!

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

Reaktorsicherheit weltweit auf hohem Niveau sichern

Der Reaktorunfall von Tschernobyl vom 26. April 1986 hat zu einer Katastrophe geführt, die vielen Menschen großes Leid zugefügt hat. Der Unfall hatte gravierende Folgen für die Gesundheit und für die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung in der Ukraine, Weißrußland und Rußland. All diesen Menschen gehört unser Mitgefühl.

Ich bin nüngst nach Weißrußland und in die Ukraine gereist und habe mir vor Ort ein Bild der aktuellen Situation verschafft. Dieser Besuch hat mir die Gegensätzlichkeit der Probleme in aller Schärfe bewußt gemacht. Auf der einen Seite versuchen in Weißrußland Wissenschaftler und Ärzte, die große Zahl der Schilddrüsenenerkrankungen zu bewältigen. Auf der anderen Seite kämpfen der Leiter des Kernkraftwerks Tschernobyl und der Bürgermeister der Kraftwerksarbeiterstadt Slawutisch für den Weiterbetrieb.

Vom 8. bis 12. April 1996 haben wir uns auf der Wiener Konferenz „Ein Jahrzehnt nach Tschernobyl“ intensiv mit den Folgen des Reaktorunfalls befaßt. Die Fachleute haben festgestellt, daß der Sarkophag, der 1986 in großer Eile über dem verunglückten Block 4 errichtet wurde, Mängel aufweist. Ich habe zum Abschluß der Konferenz betont, daß solche Kernkraftwerke, die nicht sicher betrieben werden können, abzuschalten sind. Sie können allenfalls noch für eine gewisse Restlaufzeit nachgerüstet werden. Vordringliches Ziel der internationalen Staatengemeinschaft muß es sein, die Reaktorsicherheit weltweit auf einem hohem Ni-

veau zu gewährleisten. Dazu gehört, daß Reaktoren, die die international anerkannten Sicherheitsanforderungen nicht erfüllen, nachgerüstet, und wenn dies nicht möglich ist, stillgelegt werden. Ich glaube, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie nur dann eine Perspektive hat, wenn die Sicherheit der Reaktoren oberstes Gebot ist.

Frühestmöglich informieren

Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl sind sowohl national als auch international eine Reihe von Maßnahmen wirksam geworden, die dazu beitragen sollen, daß ein zweites Tschernobyl verhindert und die Folgen möglicher Störfälle auf ein Minimum begrenzt werden können. Dazu gehören unter anderem die völkerrechtlichen Übereinkommen über die Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen, über gegenseitige Hilfeleistung sowie zur nuklearen Sicherheit. National wurden vielfach Überwachungssysteme – wie etwa in Deutschland das IMIS-System – mit dem Ziel einer frühestmöglichen Information der Bevölkerung und der Einleitung entsprechender Schutzmaßnahmen geschaffen.

Gleichzeitig gab es große Anstrengungen im Osten und vielfältige Unterstützung aus dem Westen zur Bewältigung der Folgen von Tschernobyl in den betroffenen Regionen Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine. Die internationale Gemeinschaft leistet auf der Grundlage des multilateralen Aktionsplans vom Münchener Wirtschaftsgipfel 1992 ihren Beitrag zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf bilateraler Ebene sind Geber die einzelnen Staaten, auf internationaler Ebene sind dies Finanzinstitutionen wie Weltbank und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ebenso wie die Europäische Union im Rahmen der technischen Hilfsprogramme und der EURATOM-Kredite der Europäischen Investitionsbank. Insgesamt hat Deutschland bisher im bilateralen und multilateralen Rahmen mehr als 830 Mio DM zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes zur Verfügung gestellt. Dies kann aber immer nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein.

Erst nach Öffnung des Ostblocks war es für westliche Fachleute möglich, einen tieferen Einblick in die sicherheitstechnische Auslegung und Praxis der Kernkraftwerke sowjetischer Bauart zu nehmen. Die durchgeführten Sicherheitsanalysen zeigen Schwachstellen und Defizite auf und enthalten eine Fülle von Empfehlungen zu sicherheitstechnischen Verbesserungen.

Die Analysen zeigen darüber hinaus, daß der Sicherheitsstandard ehemaliger so-

wjetischer Kernkraftwerke nicht mit dem westlichen Standard vergleichbar ist. Unmittelbar nach dem Tschernobyl-Unfall wurden auch die deutschen Kernkraftwerke überprüft. Die mit der Untersuchung beauftragte Reaktorsicherheitskommission hat den hohen Sicherheitsstandard der deutschen Kernkraftwerke bestätigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß aus den Ursachen und dem Verlauf des Reaktorunfalls in Tschernobyl keine Konsequenzen für hiesige Anlagen zu ziehen sind.

Bei dem Tschernobyl-Reaktor handelt es sich um einen Typ, der völlig anders ausgelegt ist und betrieben wird als hiesige Reaktoren. Phänomene und Betriebsweisen, die dort zum Unfall führten, sind hier nicht gegeben. Aufgrund der vielfältigen Sicherungen des deutschen Atomrechts und des praktischen Umgangs mit der Kernenergie halte ich die Kernenergie in Deutschland für verantwortlich. Ich werde mich daher weiterhin für die friedliche und sichere Nutzung der Kernenergie auch im Hinblick auf den Klimaschutz einsetzen.

Jugendkultur in Xanten

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt unter der Überschrift „Auf den Spuren der Römer“ vom 17.–19. Mai 1996 ein archäologisches Seminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren durch. Geplant sind u. a. Führungen durch den Archäologischen Park Xanten, der Besuch eines römischen Amphitheaters, eine Wanderung auf der Via Romana zu einer röm. Zivilstadt und eine fachkundliche Führung durch das Regio-

nalmuseum Xanten zur römischen und mittelalterlichen Geschichte. Begrüßt wird die Gruppe freundlichweise durch die örtliche Abgeordnete Ilse Falk MdB. Teilnehmerbeitrag für Frischluft-Mitglieder: 50 DM, für Nicht-Mitglieder: 70 DM. Nähere Auskünfte sind zu erhalten in der Bundesgeschäftsstelle von

Frischluft e.V.
Annaberger Str. 283
53175 Bonn
Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03.

JU nimmt zwei Tage lang die „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ unter die Lupe

„Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ lautet das Thema, zu dem die Junge Union Deutschlands (JU) am zweiten Mai-Wochenende (11. bis 12. Mai) in Bonn/Bad Godesberg ein Seminar veranstaltet. In Zusammenarbeit mit der Karl-Arnold-Akademie bietet die JU ein Diskussionsforum mit interessanten Gesprächspartnern, um Fragen zur Finanzierung und struktureller Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme zu beantworten.

Die Tagung beginnt am Samstag, 11. Mai, in der Karl-Arnold-Akademie (Venner Straße 55, 53177 Bonn) mit einem Referat von Martina Stabel über die zukünftige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung. Nach einer kurzen Mittagspause diskutieren unter Leitung von Hildegard Müller (wirtschaftspolitische Sprecherin der Jungen Union Deutschlands) der Bundestagsabgeordnete Julius Louven, Jens Köllmann (Bundesvereinigung Deutsche Arbeitgeberverbände) sowie Manfred Roth vom Landesarbeitsamt NRW über „Die Änderun-

gen in der Arbeitswelt und deren Auswirkungen“. Zur Kranken- und Pflegeversicherung vertreten ab 16.30 Uhr Dr. Joachim Müller (Bundesministerium für Gesundheit), Editha Limbach MdB (angefragt) und Harald Kesselheim (Bundesverband AOK) ihre Positionen.

Alternativen zeigen

Auch die Rente darf in der Reihe der sozialen Sicherungssysteme nicht fehlen – ein Thema, mit dem sich der JU-Bundesverband bereits seit Sommer des vergangenen Jahres intensiv beschäftigt. So stellt am Sonntag, 12. Mai, um 11.00 Uhr Andreas Storm MdB (Junge Gruppe) einige Alternativen zur bestehenden Rentenversicherung vor. Das Seminar endet nach dem Mittagessen um 12.30 Uhr.

Jeder Interessent ist zum JU-Seminar herzlich eingeladen. Anmeldungen müssen schnellstmöglich in der JU-Bundesgeschäftsstelle (Annaberger Straße 283, 53175 Bonn) eingehen.

Internationale Jugendbegegnung in Belgien.

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt in der Zeit vom 21. bis 31. Juli 1996 eine internationale Jugendbegegnung in Brugge/Belgien durch. Zur Teilnahme sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren herzlich eingeladen. Das Programm setzt sich aus kulturellen und jugendpolitischen wie auch freizeitorientierten und

sportlichen Aktivitäten zusammen. Vorgesehen sind u. a. Ausflüge nach Brüssel und Antwerpen. Nähere Informationen und Anmeldungen in der Bundesgeschäftsstelle von

Frischluft e.V.
Annaberger Straße 283
53173 Bonn
Tel.: (02 28) 31 00 23
Fax: (02 28) 31 47 03

Fußball-EM '96



▲ Lederfußball

Bestell-Nr.: 9614

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 25,80 DM



▲ CDU-T-Shirt

Bestell-Nr.: 9783

Verpackungseinheit: 1 Shirt

Preis je Shirt: 11,30 DM



◀ Fußball-EM-Kalender

Bestell-Nr.: 2137

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 40,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



◀ Schöpfung bewahren

Das neue Umweltmagazin der CDU gibt auf 36 Seiten einen Überblick über die umweltpolitischen Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Große Fotos und prägnante Texte informieren und regen zugleich zum Nachdenken über das persönliche Umwelverhalten ein.

Bestell-Nr.: 2130
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 22,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64

33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand

UID

13/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.